

PROTOKOLL

über die 47. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,
am Dienstag, 11. September 1984, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Karl Feuerhuber

Rudolf Pimsl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Helmut Hanzlik

Karl Hochrather

Karl Holub

Rupert Humer

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Ottilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Ernst Platzer

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erwin Schuster

Ing. Othmar Schloßgangl

Franz Steinparzer

Otto Tremel

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Franz Knapp

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Direktor Techn. Oberamtsrat

Ing. Wolfgang Wein

Oberamtsrat Helmut Riedler

Dr. Kurt Schmidl

Oberamtsrat Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Oberamtsrat Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Ha-3517/84	Polizeisportvereinigung Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Wa-4125/73	Sanierung Mülldeponie Steyr; Grundtausch Paulmayr und Scheldberger mit der Stadt Steyr; Grundsachverständiger.
GHJ2-3594/84	Instandsetzungsarbeiten – VS und HS Tabor, Taschlried 1.
GHJ2-3939/84	Kindergarten Taschlried; Fußbodenerneuerung.
Ha-4450/84	Gewährung von Subventionen an kulturelle, caritative und soziale Organisationen.
Ha-4381/84	Siedlerverein Fischhub; Gewährung einer ao. Subvention.
Pol-7141/83 Erlaß	Österr. Zivilschutzverband; Subvention.
Bau5-1660/84	Hort Resthof; Vergabe von diversen Lieferungen.
Bau5-1660/84	Hort Resthof; Vergabe von Tischen und Sesseln sowie von sonstigem beweglichen Mobilar.
ÖAG-1624/84	Zehetnerstraße–Glinsnerstraße–Löwengutweg; Herstellung der Grundbuchsordnung.
GHJ2-2562/84	Kindergarten Plenkberg; Kaminkopferneuerung.
Ha-4472/84	Verschönerungsverein Steyr; Ansuchen um Subvention.
Bau5-1660/84	Hort Resthof; Vergabe einer Bodenreinigungsmaschine.
Bau5-1660/84	Hort Resthof; Vergabe der Möblierung.
Bau5-1660/84	Hort Resthof; Vergabe von Speisentransportbehältern.
GHJ2-5055/84	Reparaturmaßnahmen am Gärtnerfahrzeug O-35.462.
K-5725/82	Museumssammlung der Firma Hack-Werke KG; Übernahme ins Eigentum der Stadt.
Bau5-1701/77	Sportheim Münchenholz; Neuanschaffungen.
ÖAG-5102/84 Städt. Wi-Hof	Kaltwasserhochdruckreiniger; Ersatzbeschaffung.

En-5353/84	Elektromateriallieferung zur Errichtung der öffentlichen Straßenbeleuchtung im Safrangarten.
En-5354/84	Elektromateriallieferung zur Errichtung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Zelenkastraße.
Wa-4125/73	Sanierung Mülldeponie Steyr; Sickerwasseruntersuchung durch Dr. Heidl.
GHJ2-5261/84	Tischlerarbeiten – Anfertigen von Praktikabeln für den Stadtsaal Steyr, Volksstraße 5.
GHJ1-5444/84	Ankauf von Blumenzwiebeln für die Schmückung des Steyrer Stadtgebietes.
GHJ2-5345/84	Kindergarten Taschelried; Fassadeninstandsetzung.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Sport-4619/73 Ergänzung der Richtlinien für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr.
- 2) Sport-1266/84 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr in Gold an Bruno Kerbl.
- 3) Sport-1266/84 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre.
- 4) Sport-1266/84 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Direktor Alois Keiler.
- 5) K-5330/84 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung 1984 an Mitglieder des Österreichischen Roten Kreuzes.
- 6) Rp-1390/59 Verbesserung des Nächtigungsangebotes durch Verlegung der städtischen Jugendherberge in das Lehrlingsheim Hafnerstraße; Gestaltung der Nächtigungsgebühren.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 7) Bau3-266/80 Subvention an den SK-Vorwärts Steyr.
- 8) ÖAG-2997/75 Wasserverband "Region Steyr", BA 02; Landesförderung 1984 und Darlehensannahme.
- 9) Ha-2388/76 ABA BA 02 Steyr und Umgebung; Förderung durch das Land OÖ. – Gemeinde- und Baureferat.
- 10) ÖAG-2391/77 Wasserverband "Region Steyr" – BA 01; Landesförderung 1983; Stadtwerke 2. Teil; Änderung der Haftungssumme.
- 11) Ha-5303/84 Verein Lehrlingsheim Ennsleite, Hafnerstraße 14, 4400 Steyr; Subvention.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 12) ÖAG-4311/84 Ankauf Steyr-Diesel-LKW Type 891.170/M 38/4 x 2 für Müllsammelfahrzeug.

- 13) Bau3-1966/84 Straßenbau Wehrgraben; Regenerierung Eysnfeld - 2. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten.
- 14) Bau3-266/80 Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; 4. Nachtragsangebot; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 4. 1983.
- 15) Bau3-4053/82 Ausbau der Pyrachstraße; Ansuchen um Vergabe und Mittelfreigabe der zusätzlich angefallenen Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 16) ÖAG-4225/84 Stadtwerke Steyr; Teilbetriebe städt. Bäder und Kunsteisbahn; Verlustsätze 1983.
- 17) Bau5-2057/68 Hallenbad; Sanierung der Flachdächer.
- 18) ÖAG-625/78 Stadtwerke Unterhimmel; Aufschließung mit Trinkwasser.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 19) Bau6-6488/76 ABA BA 04 Stadt Steyr; Kanalisation Münchenholz; 1. Teilschlußrechnung.
- 20) Bau2-2016/84 Bausperre Nr. 7 - ausnahmsweise Zustimmung gem. § 58
 Bau2-2704/84 Abs. 3 OÖ. BauO.
 Bau5-3660/84
 Bau5-3290/84
- 21) Bau2-5800/81 Aufschließungsstraße Mühlbauergründe - Friedhofstraße - Erklärung zum Ortschaftsweg - Antrag auf Erlassung einer Verordnung durch den Gemeinderat.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 22) ÖAG-1019/79 Erweiterung des Betriebsgeländes der Fa. Wittner - Grundverkauf - Abänderung des GR-Beschlusses vom 13. Mai 1980.
- 23) GHJ2-1420/84 Mehrzwecksaal Wehrgraben; Einrichtung des Buffets.
- 24) GHJ2-2634/84 Instandsetzungsarbeiten Resthofstraße 14.
- 25) ÖAG-2945/81 Stornierung des Grundkaufvertrages mit der Fa. Musica, Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates, die ordnungsgemäß und zeitgerecht den Statuten entsprechend eingeladen wurde. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt aus beruflichen Gründen Kollege Fritsch, Kollege Wallner, die Gemeinderäte Heumann, Sablik, Seidl, Radler, Zagler und Probst. Ich darf feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung bitte ich Kollegen Kern und Tremml. Anfragen, meine Damen und Herren, liegen keine vor und wir kommen daher zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Gestatten Sie mir, daß ich hier einige aktuelle Dinge zur Kenntnis bringe.

Zunächst ein kurzer Bericht über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Steyr. Hier ist festzustellen, daß sich zunächst gegenüber dem Vormonat, also gegenüber Juli – der Bericht ist von Ende August – noch keine wesentlichen Veränderungen ergeben haben, daß aber eine Befragung von 24 Betrieben verschiedenster Branchen ergeben hat, daß die Wirtschaft im allgemeinen positive Erwartungen über die Entwicklung in unserem Raum hegt. Ende August waren 1.597 Personen beim Arbeitsamt Steyr arbeitsuchend gemeldet, davon 840 Männer und 757 Frauen. Das ergibt eine Differenz gegenüber Juli von plus 11, und zwar bei den Männern ein Minus von 17 und bei den Frauen ein Zuwachs von 28. Im besonderen ist festzustellen, daß in der Metallbranche eine positive Tendenz beobachtet wird, die im besonderen darauf zurückzuführen ist, daß, wie Sie sicher alle aus Medienberichten wissen, die Situation in unserem dominierenden Betrieb, den Steyr-Werken, sich erfreulicherweise verbessert hat und Neuaufnahmen in einem verhältnismäßig großen Umfang vorgesehen sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß aber diese Sachlage über die Problemstellung, in der sich das Werk befindet, nicht hinwegtäuschen kann. Ich habe in einem persönlichen Gespräch mit Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger mich über die Situation informiert und es wurde mir erklärt, daß diese Geschäfte im wesentlichen getätigt werden konnten, weil preislich äußerst günstige Angebote erstellt wurden, die allerdings Probleme für das Werk bringen, weil sie nach Angaben der Werksleitung die Kostendeckung nicht erreichen. Es ist daher eine Umstrukturierung, eine weitere Rationalisierung, vorgesehen.

Ich habe die Gelegenheit auch benützt, mit Herrn Generaldirektor Feichtinger bei diesen Wiedereinstellungen darauf hinzuweisen, daß wir als Steyrer natürlich größtes Interesse haben, daß hier besonders Steyrer berücksichtigt werden. Das Werk ist bereit, diesen Wunsch zu berücksichtigen und ich hoffe, daß nicht nur seinerzeit Freigestellte, sondern darüber hinaus Steyrer in größerem Maß Aufnahme finden.

So weit die Situation, die gegenüber dem Vorjahr sich doch nicht unwesentlich verbessert hat. Wir sind alle froh, daß diese Talsohle, wie es scheint, überschritten ist. Ich möchte auch mitteilen, daß in den vergangenen Tagen eine zweitägige wasserrechtliche Verhandlung stattgefunden hat über die zentrale Müllbeseitigungsanlage Hausleiten. Es waren sehr langwierige Erörterungen mit Sachverständigen der verschiedensten Sachgebiete und es wurden die Grundlagen für die Erlassung des wasserrechtlichen Genehmigungsbescheides geschaffen. Nach der gegebenen Sach- und Rechtslage dürfte mit einer positiven Erledigung gerechnet werden. Wir haben vorher allerdings noch einige Grundablösefragen zu klären. Die Vertreter des Amtes der Landesregierung als Wasserrechtsbehörde haben auch in Aussicht gestellt, daß in einigen Wochen eine zweite Verhandlung über die Müllpressung und die Rückleitung der Sickerwässer in die Kläranlage anberaumt werden wird. Im Anschluß daran wird es uns als Magistrat obliegen, die für Müllbeseitigungsanlagen vorgesehenen Verhandlungen nach dem Abfallgesetz vorzunehmen, wobei besonders auf die Auswirkungen für die Anrainer, Lärm, Geruchsbelästigung usw., Bedacht zu nehmen sein wird. Aufgrund von negativen Erfahrungen bei der Anlage in Asten hat das Amt der Landesregierung empfohlen, bei der Errichtung der Kläranlage zur Vermeidung einer Geruchsbeeinträchtigung zusätzliche Vorkehrungen zu treffen. Wir werden uns als Stadt Steyr dieser Empfehlung nicht entziehen können und deshalb auch die technischen Maßnahmen zur Abdeckung der Voreindicker treffen müssen. Das bedeutet allerdings für uns, daß bei der Errichtung der Kläranlage mit zusätzlichen Kosten etwa von

1,5 Millionen Schilling zu rechnen sein wird. Mit diesem Problem wird sich der Reinhaltverband in einer seiner nächsten Sitzungen und auch der Gemeinderat zwecks Vorfinanzierung befassen müssen.

Meine Damen und Herren, bezüglich des Museums der Arbeitswelt kann ich berichten, daß der in der letzten Sitzung vor angekündigte Besuch bei Bundesminister Fischer stattgefunden hat und grundsätzlich positiv verlaufen ist, so daß ziemlich sicher mit dem Standort Steyr für das Museum der Arbeitswelt zu rechnen ist. Die Stadt Steyr hat sich damit sicher gegen massive Konkurrenz – ich darf darauf hinweisen, daß Wien aber auch Wr. Neustadt an der Errichtung dieses Museums in ihrem Bereich interessiert waren – durchgesetzt. Auch für den Wehrgraben gibt es in rechtlicher Hinsicht nichts Neues zu berichten, unbeschadet dessen wollen wir aber in diesem Bereich unsere Initiativen fortsetzen. Gegenwärtig ist Prokurist Dr. Kratochwill beauftragt, die Grundschätzungen für das gesamte Hack-Areal vorzunehmen, damit die Verwertung im Insolvenzverfahren erfolgen kann. Sollten die Grundpreise einigermaßen tragbar sein, sollten wir ernsthaft prüfen, den Ankauf des Gesamtareals durch die Stadt zu erwägen. Diesbezüglich bestünde die Möglichkeit, für ein größeres Gebiet eine Neuplanung vorzunehmen und diese dann entsprechend zu realisieren. Unverbindliche Vorverhandlungen mit einer Architektengruppe sind bereits geführt worden und ich werde zu gegebener Zeit selbstverständlich den Gemeinderat über die Beschlußanträge informieren.

Schließlich, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß aufgrund des Beschlusses der Musica, ihren Grund wieder an die Gemeinde zurückgegeben hat, ein Gespräch mit dem zuständigen Direktor Zima stattgefunden hat. Ich habe mich informiert über die Situation bei der Firma Musica, es waren ja gerüchteweise die verschiedensten Varianten im Gespräch, und Direktor Zima hat mir persönlich versichert, daß die Musica nicht daran denkt, den Standort Steyr zu verlassen, sondern daß sogar eher daran gedacht ist, Teile der Produktion und Verwaltung, die sich derzeit in Wien befinden, nach Steyr zu verlegen. Die Firma zieht allerdings derzeit einen neuen Standort in Steyr in Erwägung, dieser Standort ist aber noch nicht entschieden. Das ist sicher letztlich eine finanzielle Frage. Ich glaube aber, daß das eine positive Mitteilung ist, weil wir es hier mit einem sehr gutgehenden und gesunden Betrieb zu tun haben, der immerhin mehr als 50 Arbeitskräfte beschäftigt.

So weit meine Mitteilungen. Ich bitte Sie, diese zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte Sie auch gleich um die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen sind in den jeweiligen Stadtsenatsitzungen allen Gemeinderatsmitgliedern zugegangen und in der Einladung ist eine Auflistung dieser Beschlüsse vorhanden.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt, und zwar zu den Verhandlungsgegenständen. Hier ersuche ich Kollegen Wippersberger um die Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich bitte Sie zuzustimmen einer Ergänzung der Richtlinien für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

1) Sport-4619/73

Ergänzung der Richtlinien für die Verleihung
des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat in seiner Sitzung vom 18. 11. 1975 Richtlinien für die Verleihung des "Sportehrenzeichens der Stadt Steyr" beschlossen. Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 17. Mai 1984 wird nunmehr der Punkt II dieser Richtlinien wie folgt erweitert:

Dem Abs. 1 des Punktes II wird ein Absatz 2 angefügt, der wie folgt zu lauten hat:
"Gleichzeitig mit den in Absatz 1 a) und b) beschriebenen Sportehrenzeichen wird eine weitere Anstecknadel, die das Sportehrenzeichen in verkleinerter Form (ca. 12,5 x 12 mm für Sportler und ca. 15 x 12 mm für Funktionäre) darstellt, verliehen".

Ich bitte Sie hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, ich stelle daher die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Ihnen vorschlagen, Herrn Bruno Kerbl, der an 5 Weltmeisterschaften im Wildwassersport teilgenommen hat, und dabei eine Silber- und zwei Bronzemedailles sowie 13 österreichische Meistertitel erkämpft hat und dabei sicher zum Ansehen der Stadt wesentlich beigetragen hat, als Anerkennung das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr in Gold zu verleihen.

2) Sport-1266/84

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr
in Gold an Bruno Kerbl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bruno Kerbl, der an fünf Weltmeisterschaften im Wildwassersport teilnahm und dabei eine Silber- und 2 Bronze-Medaillen sowie 13 österreichische Meistertitel erreichte und dadurch das Ansehen der Stadt Steyr auf sportlichem Gebiete erhöhte, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr in Gold" verliehen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Ich sehe keine gegenteiligen Meinungen. Gibt es Enthaltungen? Auch nicht, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um die Zustimmung zur Verleihung der Sportehrenzeichen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Sport-1366/84

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr
an Sportler und Funktionäre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes Außerordentliches geleistet haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

Sportehrenzeichen für Sportler:

In GOLD gemäß III/1 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie berufen wurden, Österreich bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften zu vertreten).

Hofer Gerhard, Jahrgang 1964, Mitglied des Heeressportvereines Steyr, hat an den Europameisterschaften 1984 in Paris in Karate teilgenommen. Überdies hat er an den Junioren-Europameisterschaften 1982 in London, Brüssel 1983, Rom 1984, am Europacup 1983 in Rom, am Weltcup 1984 in Budapest teilgenommen und wurde bisher dreimal Staatsmeister und einmal OÖ. Landesmeister.

In SILBER gemäß III/2 b der Richtlinien (d. h., fünfmal eine Landesmeisterschaft in der gleichen Sportart gewonnen).

Huber Brigitte, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr, 7fache OÖ. Landesmeisterin in der Wildwasserregatta und Slalom.

Huber Monika, Jahrgang 1965, Mitglied von Forelle Steyr, 6fache OÖ. Landesmeisterin in der Wildwasserregatta und Slalom.

Schreiner Christian, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr, 5facher OÖ. Landesmeister in der Wildwasserregatta und Slalom, überdies Staatsmeister 1982 im Slalom.

In BRONZE gemäß III/3 b der Richtlinien (d. h. mindestens dreimal eine Landesmeisterschaft in der gleichen Sportart gewonnen).

Kargl Kurt, Jahrgang 1951, Mitglied des ATSV Stein; 3facher OÖ. Landesmeister im Schach.

Pullirsch Veronika, Jahrgang 1967, Mitglied von Forelle Steyr; 3fache OÖ. Landesmeisterin in der Wildwasserregatta und Slalom.

In BRONZE gemäß III/3 c der Richtlinien (d. h. mindestens fünfmal Stadtmeister von Steyr in der gleichen Disziplin geworden).

Kessel Helmuth, Jahrgang 1943, Mitglied von Forelle Steyr, 7facher Stadtmeister im Eis- und Asphaltschießen.

Obermayr Alois, Jahrgang 1915, Mitglied von Forelle Steyr, 6facher Stadtmeister. Pracherstorfer Karl, Jahrgang 1940, Mitglied von Forelle Steyr, 5facher Stadtmeister.

Ursprunger Heinz, Jahrgang 1950, Mitglied von Forelle Steyr, 5facher Stadtmeister.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

In GOLD gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete des Körpersportes (Erziehung, Unterricht etc.) besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

Kranzl Willibald, Jahrgang 1931, Lehr- und Hüttenwart der Naturfreunde Steyr (32-jährige Tätigkeit).

Lichtenberger Georg, Jahrgang 1927, Kassier der Stockschiitzensektion des ATSV Stein (27jährige Tätigkeit).

Rosenauer Ewald, Jahrgang 1931, Obmann-Stellvertreter der Naturfreunde Steyr (29jährige Tätigkeit).

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine gegenteilige Meinung? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, auch hier darf ich einstimmige Annahme feststellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag betrifft die gleiche Problemstellung wie die Anträge vorher, und zwar handelt es sich dabei um die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Direktor Alois Keiler. Er ist deswegen gesondert zu behandeln, weil die Einbringung etwas verspätet erfolgt ist.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) Sport-1266/84

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Direktor Alois Keiler.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In der Sitzung des Stadtsenates vom 19. 7. 1984 wurde vorbehaltlich der noch zu erteilenden Zustimmung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr die Verleihung des "Sportehrenzeichens der Stadt Steyr" an verschiedene Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiet des Amateursportes Außerordentliches geleistet haben, beschlossen. Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 13. 8. 1984 wird

nunmehr zusätzlich zu diesen bereits vom Stadtssenat beschlossenen Verleihungen des Sportehrenzeichens das Sportehrenzeichen in Gold für Funktionäre an Herrn Dir. Keiler Alois, Jahrgang 1922, für eine 25jährige Tätigkeit als Sektionsleiter und Obmann der Schwimmsektion des ATSV Steyr verliehen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es hier Gegenstimmen? Enthaltungen? Nicht der Fall, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch im nächsten Antrag geht es um die Verleihung von Medaillen, und zwar um die Verleihung von Rettungsverdienstmedaillen an Mitglieder des Österr. Roten Kreuzes. Der Antrag des Stadtssenates lautet:

5) K-5330/84

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung 1984 an Mitglieder des Österreichischen Roten Kreuzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 10. August 1984 wird in Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Rettungswesens an folgende Personen die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen:

In GOLD (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit):

Hzgsf. Franz Svozil beim Roten Kreuz seit 1959

In SILBER (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):

Hzgsf. Peter Baumgartner beim Roten Kreuz seit 1964

In BRONZE (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit):

HH Ingeborg Eygruber beim Roten Kreuz seit 1969

HH Dömötör Hubert beim Roten Kreuz seit 1969

Zgsf. Götz Hans Dieter beim Roten Kreuz seit 1962

Ich bitte Sie auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Stellungnahme? Da sich keine Gegenstimmen bzw. Enthaltungen erheben, darf ich auch hier die einstimmige Annahme feststellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, einer tariflichen Veränderung zuzustimmen, die im Zusammenhang mit der Verlegung unserer Jugendherberge in das Lehlingsheim Hafnerstraße erfolgt ist.

6) Rp-1390/59

Verbesserung des Nächtigungsangebotes durch Verlegung der städtischen Jugendherberge in das Lehlingsheim Hafnerstraße; Gestaltung der Nächtigungsgebühren.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 10. August 1984 wird der Nächtigungspreis inkl. Frühstück für die städtische Jugendherberge wie folgt neu festgesetzt:

Für Mitglieder des Österr. Jugendherbergringes oder des Jugendherbergeverbandes:

bis 19 Jahre S 63,--

über 19 Jahre S 69,--

Für Nichtmitglieder solcher Organisationen:

bis 19 Jahre S 69,--

über 19 Jahre S 75,--

Diese neuen Gebührensätze treten mit dem Tage der Aufnahme des Betriebes der Jugendherberge im Objekt Hafnerstraße 14 in Kraft.

Ich bitte Sie, dem die Zustimmung zu geben. Ich darf darauf hinweisen, daß die Jugendherberge ja seit 1. September in Betrieb ist und ich habe mich kürzlich erkundigt, die Frequenz ist eine verhältnismäßig gute und die Besucher unserer Jugendherberge loben die Einrichtung, die sich gegenüber der bisherigen nicht unwesentlich verbessert hat, die Unterbringung ist wesentlich günstiger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es dazu eine Stellungnahme? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Wir als Fraktionssprecher haben ja die Gelegenheit wahrgenommen und haben uns dieses Lehlingsheim auf der Ennsleite angesehen und konnten dort feststellen, daß eine Reihe von Veränderungen notwendig ist, damit man die Verlegung der Jugendherberge vom derzeitigen Standort im Altersheim auf die Ennsleite durchführen kann. Mir ist natürlich auch klar, daß aufgrund des Angebotes, das man jetzt der Jugend macht, das verbunden ist mit höheren Kosten. Dieser Antrag beschäftigt sich ja damit, daß wir hier höhere Gebühren einführen. Mich würde interessieren, denn das ist nicht aus dem Vortrag hervorgegangen, auch aus den letzten Amtsberichten, die ich in der letzten Zeit studieren mußte nach dem Urlaub, war es nicht zu ersehen, wie viel an Mehrkosten für die Gemeinde entfallen aufgrund dieser Verlegung in die Hafnerstraße.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Ich sehe keine Wortmeldung mehr und bitte daher Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die genaue Errechnung der Mehrkosten ist natürlich schwierig, es sind fast nur Schätzungen möglich. Allerdings ist es nicht ganz einfach, weil die Jugendherberge ursprünglich im Zentralaltersheim untergebracht war und dort keine gesonderte Herausrechnung z. B. der Heizkosten erfolgt ist. Dort ist die Herberge in einem Gebäude des Magistrates untergebracht gewesen. Es ist damit zu rechnen, daß sicher Mehrkosten entstehen, allerdings darf ich bitten, daß hier ein genauer Bericht nach einiger Zeit Betrieb vorgelegt wird. Jetzt ist es so, daß in der Jugendherberge wir diese Räumlichkeiten vom Verein Lehlingsheim angemietet haben, es sind also hier die Mietkosten angelaufen. Selbstverständlich sind auch zusätzliche Personalkosten angelaufen und ich darf auch sagen, daß wir damit rechnen können, daß sich auch die Einnahmen – das ist noch nicht genau abzuschätzen – nicht unwesentlich verändern, weil vorübergehend – das muß ich jetzt sagen – Lehrlinge der Steyr-Werke dort untergebracht sind, die den bisherigen Satz der Lehrlinge, der sich in etwa mit den Gebühren der Jugendherberge deckt, bezahlen. Derzeit ist es so, daß 28 Lehrlinge noch im Lehlingsheim wohnen. Diese Zahl wird sich aber im Laufe der Zeit wesentlich verringern. Ich darf mir erlauben, in einer der nächsten Sitzungen eine konkrete Auflistung vorzulegen und auch eine konkrete Schätzung über die Kostenveränderungen hier vorzubringen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für sein Schlußwort. Wir stimmen darüber ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gibt es gegenteilige Meinungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich danke dem Bürgermeister für die Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die Vorsitzführung und bitte gleichzeitig Kollegen Wippersberger um den Vortrag seiner Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen insgesamt 5 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der erste Antrag lautet:

7) Bau3-266/80

Subvention an den SK-Vorwärts Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 7. 1984 wird dem SK-Vorwärts Steyr zur Sanierung der klubeigenen WC-Anlagen eine einmalige nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 225.000,- gewährt.

Aufgrund der besonders gelagerten Umstände dieses Einzelfalles, die im oben genannten Amtsbericht näher dargestellt sind, wird in diesem Fall von der Einhaltung der vom Gemeinderat generell beschlossenen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben Abstand genommen.

Die Auszahlung dieses Subventionsbetrages erfolgt in Höhe von S 125.000,- nach Aufstellen der Sanitärfertigzelle, der Restbetrag ist nach Gesamtfertigstellung zur Anweisung zu bringen.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 225.000,-- (zweihundertfünfundzwanzigtausend)

werden bei VSt 1/269000/777000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag befaßt sich mit dem Wasserverband "Region Steyr", BA 02 - Landesförderung 1984 und Darlehensannahme.

Der Antrag lautet:

8) ÖAG-2997/75

Wasserverband "Region Steyr", BA 02; Landesförderung 1984 und Darlehensannahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 3. Juli 1984 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem Wasserverband "Region Steyr" vom Land Oberösterreich gewährtes Investitionsdarlehen in Höhe von S 900.000 für den Bauabschnitt 02 des Wasserverbandes "Region Steyr" zugestimmt.

Ich bitte Sie, dem die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Es liegen keine vor, daher einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag geht in eine ähnliche Richtung, und zwar betrifft er ABA BA 02 Steyr und Umgebung - Förderung durch das Land OÖ., Gemeinde- und Baureferat.

Der Antrag lautet:

9) Ha-2388/76

ABA BA 02 Steyr und Umgebung; Förderung durch
das Land OÖ. – Gemeinde- und Baureferat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III – RHV Steyr und Umgebung vom 25. Juli 1984 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für dem RHV Steyr und Umgebung vom Land Oberösterreich gewährte Investitionsdarlehen in Höhe von S 400.000,- (Gemeindereferat) und S 600.000,- (Baureferat) für den Bauabschnitt 02 der Abwasserbeseitigungsanlage zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Gegenteilige Meinungen? Beides nicht der Fall, daher Einstimmigkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft:

10) ÖAG-2391/77

Stadtwerke

Wasserverband "Region Steyr" – BA 01; Landesförderung 1983;
2. Teil; Änderung der Haftungssumme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Stadtsenates vom 2. 2. 1984 wurde der Annahme eines dem Wasserverband "Region Steyr" vom Land Oberösterreich gewährten Darlehens in Höhe von S 374.000,- zugestimmt. Gleichzeitig wurde die Übernahme der Haftung für dieses Darlehen von S 374.000,- durch die Stadt Steyr genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 14. 8. 1984 wird nunmehr dieser Stadtsenatsbeschluß dahingehend abgeändert, daß die Darlehenssumme von S 374.000,- auf S 410.000,- erhöht wird, wofür sich die Stadt Steyr auch bereit erklärt, die Haftung zu übernehmen.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Auch dieser Antrag ist beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein fünfter und letzter Antrag befaßt sich indirekt mit der neuen Jugendherberge, und zwar soll der Verein Lehrlingsheim Steyr für Adaptierungsarbeiten bzw. Übersiedlungsarbeiten und für die Einrichtung des Hauses als Jugendherberge eine Subvention bekommen.

11) Ha-5303/84

Verein Lehrlingsheim Ennsleite, Hafner-
straße 14, 4400 Steyr, Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. August 1984 wird dem Verein Lehrlingsheim Ennsleite, Hafnerstraße 14, 4400 Steyr, eine einmalige nicht rückzahlbare Beihilfe zu den Kosten der Adaptierung des Lehrlingsheimes für Zwecke der Unterbringung der städtischen Jugendherberge in Höhe von S 200.000,- gewährt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben den vorliegenden Antrag aus dem Mund des Herrn Vizebürgermeisters gehört. Wir haben den Amtsbericht, der dazugehört, vor uns liegen und in Anbetracht der schütterten Zahlen, die hier erwähnt sind, wäre an sich die Verlockung recht groß, sich diesem Antrag massiver zu widersetzen, weil ich glaube, daß öffentliche Mittel schon solider fundiert begründet werden müssen, wenn sie zur Subventionierung von Vereinen dienen. Die Verlockung kann aber nicht so groß sein, weil man die Dinge auch vor dem Hintergrund betrachten muß. Wenn man einerseits zustimmt der Verlegung der Jugendherberge von den Räumlichkeiten des Zentralaltersheimes weg und sich das Lehrlingsheim auf der Ennsleite, wie wir gehört haben und wie auch Augenscheine beweisen, sehr bewährt, so kann man nicht umhin, auch die Rahmenbedingungen mit gutzuheißen. Gutheißen in diesem Sinne soll nicht wörtlich verstanden werden, sondern man kann die Bedingungen, die hier aktenkundlich vorliegen, nicht gutheißen, man muß aber im wesentlichen den Vorgängen zustimmen. So sollten Sie das betrachten. Es bleibt aber doch noch ein klein wenig ein schaler Beigeschmack über. Zum einen ist es reichlich schwach untermauert, einem Verein, der relativ inaktiv in Erscheinung tritt, einen so großen Mittelstand zuzuführen, wobei man auf der anderen Seite anderen Vereinen, die Aktivitäten nachweisen können, überhaupt nicht in diesem Ausmaß die Aufmerksamkeit zuwendet. Ich erinnere nur an das Ansuchen des Pfarrzentrums Münchenholz, das im Zusammenhang mit dem Pfarr-Caritas-Kindergarten in Münchenholz erhebliche Investitionen tätigen muß. Sie wissen ja, daß das in etwa 700.000 Schilling sind, die beziffert nachgewiesen werden, die zum Teil zur Sanierung der Heizanlage und zum Teil zur Verbesserung der Umweltbedingungen in der dortigen Wohngegend verwendet werden sollen. Wenn man jetzt hier die untermauerten Zahlen mit den wahrscheinlichen Subventionierungsabsichten der Gemeinde in Einklang bringt, so stellt man hier fest, daß einer Ausgabenhöhe von ca. 700.000 Schilling eine Bruttosubventionierung durch die Gemeinde in Höhe von 25.000 Schilling gegenübersteht. Was aber auf der anderen Seite effektiv durch die Anwendung der von uns allen beschlossenen 20 %igen Kreditsperre letztendlich eine Reduzierung dieses Betrages auf S 20.000,- bedeutet. Wohlgedenkt, der Verein dort ist aktiv und betreibt im Interesse unserer Bürger nicht nur das Kommunikationszentrum, sondern auch den Kindergarten. Andererseits müßte man aber hier auch noch in Betracht ziehen die Subventionierung, die das Lehrlingsheim Ennsleite aus dem laufenden Subventionierungsprogramm per anno schon erhält, nämlich S 95.000,-. Dem gegenüber steht wieder die Förderung des Kindergartens mit S 24.000,-. So gleich ist die Behandlung der Institutionen und Vereine hier in dieser Stadt auch wieder nicht, daß man ohne dem von mir vorhin angeführten schalen Beigeschmack die Zustimmung geben könnte. Wir sollten uns auch noch den Mietvertrag, der aufgrund der Statuten der Stadt Steyr nicht Beratungsgegenstand im Gemeinderat ist und nicht Beschlußgegenstand ist, noch anschauen und merken dann bei Durchsicht des Vertrages, daß eine monatliche Einnahme beim Verein verbleibt von 25.000 S ohne Mehrwertsteuer. All dieses sollten Sie bitte schon zur Kenntnis nehmen, ist zumindest nicht fair gehandelt im Vergleich mit anderen Vereinen und Institutionen, aber all dieses bietet leider Gottes die Rahmenbedingungen für die Verlagerung der Jugendherberge, so daß wir mit schwerem Herzen seitens der Österr. Volkspartei diesem Antrag dennoch die Zustimmung geben müssen. Aber bitte, die Vorhalte, die hier gemacht wurden, ernst zu nehmen, man soll mit öffentlichen Geldern nicht so leichtfertig umgehen, wenn sie in Vereine gehen, die einem sehr nahe stehen.

Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Manetsgruber bitte!

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte bei den Worten anschließen, die Kollege Holub gebracht hat, wo er unter anderem gesagt hat, daß der Verein inaktiv in Erscheinung tritt. Ich möchte schon darauf verweisen, daß wir in den vergangenen Jahren für hunderte von Lehrlingen Unterkunft gewährt haben und es war praktisch in der letzten Zeit nicht mehr möglich, aufgrund des Belages, diesen Verein weiterzuführen. Sonntagsreden, wie Sie besonders unser Herr Landeshauptmann Dr. Ratzenböck hält, sind sehr schön, wo er von der Förderung der Jugend spricht. Zu den 200.000 Schilling Subvention möchte ich erinnern, uns wäre es lieber gewesen, wenn heute der Magistrat die Ausschreibung, wie es formal üblich ist, getätigt hätte. Es ist an und für sich ja festgestanden, daß mit 1. September die Jugendherberge auf der Ennsleite geführt werden soll und aufgrund der Vorschriften des Jugendherbergsverbandes war es notwendig, die sanitären Anlagen, die Waschräume und alles was dazugehört, getrennt nach Männern und Frauen herzustellen. Das ist an und für sich keine Subvention, die der Verein Lehrlingsheim erhält, sondern das ist lediglich ein Betrag, der für diese Umbauarbeiten notwendig ist. Unser Herr Bürgermeister hat bereits erwähnt, daß wir gegenwärtig 28 Lehrlinge dort unterbringen. Ich möchte noch die Frage anschließen, warum hat die Handelskammer vor Jahren mit einer Euphorie das Internat angepriesen und warum hat die Handelskammer, die ja in erster Linie für die Ausbildung von Lehrlingen zuständig ist, das Internat wieder aufgelassen? Es werden bestimmte Gründe gewesen sein, die sie zu diesem Schritt bewogen haben. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Lehrlinge gegenwärtig S 650,- selbst bezahlen müssen und die Steyr-Daimler-Puch AG bezahlt für den Aufenthalt der Lehrlinge S 750,-. Wenn ich das kurz überschlage, sind das für 28 Lehrlinge, 1.400 S pro Mann, rund S 39.000,-, die der Magistrat einnehmen wird. Sicher wird sich diese Zahl im Laufe der Zeit verringern, weil ja nicht daran gedacht ist, daß das ein Dauerzustand werden soll. Aber wenn ich den Betrag, der ebenfalls von Dir, Kollege Holub, angeführt wurde, von S 25.000,- hernehme, dann sind allein diese Einnahmen durch die Summen, die der Lehrling bzw. das Werk bezahlt, getätigt. Ich kann nicht nur große Worte in Sonntagsreden sprechen und auf der anderen Seite so tun, als wäre das was Besonderes. Das Pfarrheim in Münchenholz, das Du erwähnt hast, hat ja damit gar nichts zu tun. Es wäre uns sicher lieber gewesen, wenn das der Magistrat durchgeführt hätte, aber aufgrund der Kürze der Zeit war das nicht möglich, und wir sind daher ersucht worden, das direkt zu machen. Ich bin überzeugt davon, daß wir das nicht teurer gemacht haben als bei einer öffentlichen Ausschreibung herausgekommen wäre.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag.

Zur Aufklärung darf ich hier die Mitteilung machen, daß der Betrag von 25.000 S, der herauskommt – das sind rund 1.000 m² – sicherlich verhältnismäßig hoch erscheint, daß aber davon rund 12 S Heizkosten anfallen und dieser Betrag wird ja auch jedem Wohnungsmieter vorgeschrieben. Wenn man diesen Betrag halbiert und daß die reine Miete mit S 7,- pro m², die seitens des Lehrlingsheimes vorgeschrieben wird, äußerst günstig ist, das kann niemand bezweifeln. Außerdem ist in diesem Betrag noch inbegriffen, daß dieses Heim ja vollkommen eingerichtet ist. Es ist Mobilar drinnen, es ist die ganze Wäsche vorhanden, es ist die Kücheneinrichtung vorhanden. Ich weiß nicht, ob es noch einen anderen Verein gibt, der im Sinne einer vernünftigen Förderung einer städtischen Einrichtung, so betrachte ich das, derartig günstige Bedingungen für die Stadt zur Kenntnis nimmt. Von einer Subventionierung kann man da wirklich nicht reden. Zum Problem Kindergarten möchte ich sagen, das ist ja eine andere Sache. Auch der Kindergarten der Kinderfreunde bekommt den gleichen Betrag wie der Caritas-Kindergarten, nur um ein Beispiel anzuführen. Bei den kirchlichen Stellen darf man überhaupt nicht klagen, wir werden uns in der nächsten Zeit wieder mit Riesenbeträgen beschäftigen für die Sanierung und Renovierung unserer Kirchen. Das beginnt bei Gleink, geht über Christkindl zur Stadtpfarrkirche. Hier wird die Stadt ihren sicher nicht unwe-

sentlichen Beitrag zu leisten haben, so daß man hier nicht über eine zu geringe Unterstützung klagen kann. Das wollte ich zur Aufklärung sagen.
Wünscht noch jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall und ich bitte Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich kann mir ein ausführliches Schlußwort ersparen, denn Kollege Manetsgruber hat schon vieles von dem erwähnt, was auch ich sagen wollte. Es ist sicherlich so, daß die Subvention im Ausmaß von S 200.000,- kein Geschenk an den Verein Lehlingsheim ist. Ich weiß aus den Vorverhandlungen, daß der Verein wirklich keine Freude gehabt hat damit, daß er das durchführt für den Magistrat. Bei uns hätte es halt ein bißchen länger gedauert durch die ganzen Ausschreibungen, die ja sehr zeitaufwendig sind. Das war mit der Grund, daß man sich dazu entschlossen hat, dem Verein diese Subvention zu geben und nicht selbst die Ausschreibungen durchzuführen.

Ich darf nochmals feststellen, dieser Betrag ist eine unbedingte Notwendigkeit für den Umbau der Toiletten, der Duschräume, es mußten Veränderungen bei den Installationen gemacht werden, für das Einziehen von Trennwänden, für das Einsetzen von Türen usw. Die Jugendherberge ist ja für beiderlei Geschlechter geöffnet, das Lehlingsheim konnte ja nur Burschen aufnehmen. Außerdem mußte ein Betreuerraum errichtet werden, und es sind in diesem Betrag die Übersiedlungskosten des Mobilars, Betten, Kästen etc., in die neue Jugendherberge ebenfalls enthalten.

Mir erscheint dieser Subventionsbetrag als nicht zu hoch gegriffen und ich würde Ihnen empfehlen, sich in der neuen Jugendherberge auf der Ennsleite an Ort und Stelle von der Notwendigkeit und der Richtigkeit dieser Ausgabe zu überzeugen.
Ich bitte, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Es liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Redner Kollegen Feuerhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen vier Anträge des Stadtsenates zum Vortrag zu bringen und bitte gleich jetzt um Ihre Zustimmung.

Der erste Antrag betrifft den Kauf eines Lkw's für den Städtischen Wirtschaftshof. Wie Sie wissen, hat der Fuhrpark ein Durchschnittsalter von 17,5 Jahren. Das Kontrollamt hat festgestellt, man müßte einen neuen Müllwagen ankaufen.

Der diesbezügliche Antrag lautet:

12) ÖAG-4311/84

Städt. Wi-Hof

Ankauf Steyr-Diesel-Lkw Type 891.170/M

38/4 x 2 für Müllsammelfahrzeug.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des städtischen Wirtschaftshofes vom 26. 6. 1984 wird der Auftrag zur Lieferung eines Steyr-Diesel-Lkw, Type 891.170/M 38/4 x 2, als Müllsammelfahrzeug an die Firma Steyr-Auto-West, Leonding, zum Preis von S 544.000,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 544.000,-- (fünfhundertvierundvierzigtausend)

werden bei VSt 5/820000/040100 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der zweite Antrag befaßt sich mit dem Straßenbau Wehrgraben, Regenerierung Eysnfeld, 2. Bauabschnitt - Vergabe der Arbeiten.

Aus den Worten des Herrn Bürgermeisters haben wir vernommen, daß wir trotz alledem das Wasser noch ausklammern, da dort keine Rechtslage vorhanden ist zur Zeit, wir uns als Gemeinde aber trotzdem bemühen, in diesem Stadtgebiet vieles zu tun. Dieser Abschnitt, der die Annagasse, die Ludwiggasse, Karolinen- und Schießstätten-gasse betrifft, soll nunmehr mit einem neuen Belag versehen werden.

Der Antrag lautet:

13) Bau3-1966/84

Straßenbau Wehrgraben; Regenerierung Eysnfeld -
2. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 6. 1984 wird der Auftrag zur Erneuerung des Straßenbelages der Anna-, Ludwig-, Karolinen- und Schießstättengasse an die Firma Zwettler, Steyr, zum Preis von S 594.759,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 313.100,-- (dreihundertdreizehntausendeinhundert)

bei VSt 5/612000/002140 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 281.700,- (zweihunderteinundachtzigtausendsiebenhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, auch darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich bitte auch hier um ein Handzeichen als Zeichen der Zustimmung? Danke. Ich sehe jetzt schon die Einstimmigkeit.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag betrifft:

14) Bau3-266/80

Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße, 4. Nachtrags-
angebot; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 4. 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 14. 4. 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten für die Tunnelparvariante Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße der Firma Negrelli, Steyr, zum Preis von S 54 Millionen übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 8. 1984 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 985.034,40 für die Regenerierung der Schwimmschulstraße zugestimmt.

Eine gesonderte Mittelfreigabe ist nicht erforderlich, da mit GR-Beschluß vom 9. 2. 1984 bereits eine Summe von S 23.000.000,- für das Jahr 1984 freigegeben wurde, aus der auch der nunmehrige Zusatzauftrag vorläufig mitfinanziert werden kann.

Auch hier bitte ich um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch hier sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist für den Antrag? Auch hier ist bereits jetzt die Einstimmigkeit feststellbar.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der letzte Antrag lautet:

15) Bau3-4053/82

Ausbau der Pyrachstraße; Ansuchen um Vergabe und Mittelfreigabe der zusätzlich angefallenen Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 20. September 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Pyrachstraße an die ARGE Beer & Janischofsky, Asphalt und Beton Linz, zum Preis von S 1,279.786,- übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 7. 1984 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von insgesamt S 392.214,- auf einen Gesamtbetrag von S 1,672.000,- nachträglich zugestimmt.

Zur weiteren finanziellen Abwicklung des Vorhabens wird ein Betrag von

S 500.000,-- (Schilling fünfhundert tausend)

bei VSt 5/612000/002320 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 252.000,-- (Schilling zweihundertzweiundfünfzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Wer ist dafür? Auch hier sehe ich die einstimmige Zustimmung.

Ich danke Kollegen Feuerhuber für die Berichterstattung und lade Kollegen Steinmassl ein, seine Berichte vorzubringen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute drei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vortragen.

Der erste Antrag betrifft:

16) ÖAG-4225/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr; Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersätze 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 15. 6. 1984 sowie des hiezu ergangenen Berichtes des Kontrollamtes der Stadt Steyr vom 26. 6. 1984 wird der Ausbezahlung eines Betrages von S 5,331.144,75 an die Stadtwerke Steyr zur Abdeckung der Verluste der Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn für das Jahr 1983 zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 4,000.000,-- (Schilling vier Millionen)

bei VSt 1/879000/759200 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,331.100,- (eine Million dreihunderteinunddreißigtausendeinhundert)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Herrn Bürgermeister um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wenn wir uns die Entwicklung des Zuschußbedarfes anschauen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich weiß, das wurde in allen Fraktionen gemacht und auch das Präsidium des Magistrates wird das gemacht haben, so zeigt sich doch eine ziemlich besorgniserregende Entwicklung. 1983, um dieses Rechnungsjahr der städtischen Unternehmen geht es ja, war in der Bädersaison zweifellos ein Rekordjahr. Wir haben einen Jahrhundertssommer aufzuweisen gehabt, nichts desto trotz müssen wir den Bädern noch immer fast 4,5 Millionen Schilling zuschießen. Da, glaube ich, müssen wir alle miteinander nachdenken, wie wir das in den Griff bekommen können, zumal ja im Jahre 1983 bei den guten Witterungsbedingungen und den eingebrachten Verbesserungen der Wasserheizung die Betriebskosten selbst sicher nicht mehr ganz so gravierend zu Buche schlagen wie im Vorjahr. Man merkt es allerdings auch, das ist ja fast um 500.000 Schilling "billiger" geworden. Aber der Abgang ist schon ganz beträchtlich, überhaupt wenn man es in Verhältnis zieht zum Abgang aus dem Jahre 1974, da war es nur 1 Million Schilling. Linear ist das dann weiter aufgestiegen und ich glaube, wir sollten schon alle miteinander versuchen zu ergründen, worin denn die Begründungen liegen, daß wir hier laufend Defizite bauen – bis auf das Jahr 1983, wenn man das ausklammert – die linear aufsteigen. Der Zuschuß 1983 für das Jahr 1982 war auffallend hoch, aber sonst steigt es linear auf, und zwar beginnend seit dem Jahr 1979 mit einem großen Sprung vom Abgang 1980. Ab da ist es explodiert. Worin Möglichkeiten zur Verbesserung liegen, glaube ich, würde uns alle sehr interessieren zu erfahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Kollege Holub, auch mir persönlich ist es nicht sehr angenehm, so hohe Verluste im Stadtbad hinnehmen zu müssen, ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß die Eintrittspreise in erster Linie sehr sozial sind und mit diesen Eintrittspreisen – unabhängig von der Witterung des betreffenden Jahres – ist es wahrscheinlich keinem Bad in Österreich möglich, ohne Verlust zu arbeiten. Ich möchte nur erinnern, daß das Bad in Losenstein über 5 Millionen Schilling Zuschuß gebraucht hat, sprich Verlust gebaut hat, daß Freistadt in Oberösterreich im Jahr 1982 fast 10 Millionen Schilling Verlust gebaut hat. Ich muß sagen, ich habe mir unser Stadtbad schon des öfteren angesehen, daß die zuständigen Herren – sprich Direktor Wein, der ein exzellenter Techniker ist – sicher bestrebt sind, die Kosten so gering wie möglich zu halten. Wenn man sich die Wasserqualität anschaut, die das Stadtbad Steyr hat, gegenüber anderen Bädern, dann ist es in unserem Bad fast Trinkwasserqualität. Die Erhaltung des trinkwasserqualitativen reinen Wassers kostet natürlich viel Geld, sei es in maschineller Hinsicht oder auf chemischer Basis. Ich bin überzeugt davon, daß die Verantwortlichen in den Stadtwerken sicher bestrebt sind, den Verlust so gering wie möglich zu halten. Wir können nur hoffen, daß uns der Petrus für nächstes Jahr besseres Wetter schickt. Aber nachdem es eine Sozialeinrichtung ist, läßt es sich nicht vermeiden, nachdem dieses Bad – unserer Bevölkerung und unserer Jugend dient, daß wir diesen großen Brocken schlucken müssen. Lieber Kollege Holub, ich kann Dir keine andere Antwort geben, als daß die Stadtwerke trachten werden, die Verluste so gering wie möglich zu halten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Ergänzend möchte ich bemerken, daß wir beim Bad zusätzliche Neuaufgaben bekommen haben. Aufgrund des neuen Bäderhygienegesetzes

werden jährlich zusätzliche Stromkosten in Höhe von etwa 400.000 Schilling erforderlich. Das sind lauter Bestimmungen, die wir kaum beeinflussen können, die uns aufgezwungen werden. Grundsätzlich muß ich sagen, daß wir natürlich die Entwicklung, die finanzielle Entwicklung, sehr sorgfältig zu beobachten haben, daß wir rechtzeitig Maßnahmen zu setzen haben, um das Defizit in vertretbaren Grenzen zu halten. Ohne Defizit, ohne Zuschuß wird es kaum abgehen. Ich glaube, daß alles, was Kollege Steinmassl gesagt hat, stimmt, daß wir uns in guter Gesellschaft befinden, das muß ich auch sagen. Das beweist, daß trotz größter Anstrengungen auch in anderen Bereichen ein Bad einfach nicht kostendeckend zu führen ist, sondern daß es ein Betrieb ist, der einen Zuschußbedarf erfordert. Es dient letztlich der Gesundheit unserer Bevölkerung, und ich betrachte das als eine Subvention für die Gesundheit unserer Bevölkerung, für die Betätigung in der Freizeit. So gesehen ist dieser Zuschußbedarf sicher gerechtfertigt, allerdings auch in Grenzen. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Dagegen? Es erhebt sich kein Einwand, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag betrifft wieder das Hallenbad, und zwar die Sanierung der Flachdächer. Meines Erachtens nach ist ja bekannt, daß Flachdächer sehr anfällig sind für Reparaturen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

17) Bau5-2057/68

Hallenbad; Sanierung der Flachdächer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 7. 1984 wird der Auftrag zur Sanierung der Flachdächer des städtischen Hallenbades an die Firma Wittner, Steyr, zum Preis von S 670.220,- übertragen.

Unter einem wird der Übertragung des Auftrages zur kurzfristigen provisorischen Mängelbehebung an die Firma Wittner, Steyr, zum Preis von ca. S 15.000,- nachträglich zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 200.000,-- (Schilling zweihunderttausend)

bei VSt 5/833000/010140 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 490.000,- (Schilling vierhundertneunzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben diesen Antrag gehört. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ich sehe jetzt schon die Einstimmigkeit. Danke.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag betrifft:

18) ÖAG-625/78

Stadtwerke

Unterhimmel; Aufschließung mit Trinkwasser.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 6. August 1984 werden im Zusammenhang mit der Herstellung der Trinkwasseraufschließung Unterhimmel nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|-----------------------------|
| 1. Erd- und Baumeisterarbeiten an die Firma Arge Beer
Beer & Janischofsky zum Preise von | S 1,475.136,- |
| 2. Lieferung der Rohre und Armaturen an die Firma
Höller-Eisen, Oberweis, zum Preis von | S 254.455,-- |
| 3. Lieferung der duktilen Gußrohre und Formstücke an
die Firma VOEST-Alpine Rohstoffhandel GesmbH,
Salzburg, zum Preis von | S 256.220,--
(exkl. USt) |

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine, damit ist die Einstimmigkeit auch in diesem Fall gegeben.

Ich danke Kollegen Steinmassl für die Berichte. Anstelle von Herrn Stadtrat Wallner ersuche ich Kollegen Holub um den Vortrag der nächsten Anträge.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT KARL HOLUB anstelle des abwesenden Stadtrates Wallner:

Ich hoffe, daß ich als Stellvertreter für Herrn Stadtrat Wallner in der Schnelligkeit der Antragsvorbringung nicht nachstehen werde und darf ich Sie daher ersuchen, mir die wörtliche Verlesung zu ersparen. Die Anträge und Amtsberichte liegen ja vor. Zum ersten ergeht ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, betreffend die Kanalisation Münchenholz, 1. Teilschlußrechnung.

19) Bau6-6488/76

ABA BA 04 Stadt Steyr; Kanalisation
Münchenholz; 1. Teilschlußrechnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 7. 1984 wird zur Anweisung des noch ausständigen Restbetrages der vorgelegten 1. Teilschlußrechnung im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation in Münchenholz im Zuge des Baues der Abwasserbeseitigungsanlage BA 04 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 6,194.000,-- (sechs Millionen einhundertvierundneunzigtausend) bei VSt 5/811000/050210 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat befaßt sich mit der Bausperre, die in den letzten Sitzungen verhängt wurde. Der Antrag lautet:

20) Bau2-2016/84

Bau2-2704/84

Bau5-3660/84

Bau5-3290/84

Bausperre Nr. 7 – ausnahmsweise
Zustimmung gem. § 58 Abs. 3 OÖ. BauO.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 20. August 1984 wird die ausnahmsweise Zustimmung gem. § 58 Abs. 3 OÖ. Bauordnung idgF. der Bauordnungsnovelle LGBl. Nr. 82/1983 zu der seitens des Herrn Peter Wögerer beantragten Bauplatzbewilligung gem. § 4 leg. cit. entsprechend der Vermessungsurkunde des Dipl. Ing. Oswald Daxinger, Zivilgeometer, vom 3. April 1984, GZ. 1831/84, und zur Erteilung der Baubewilligungen gem. § 41 Abs. 1 lit. a leg. cit., entsprechend den der Bauverhandlung vom 24. Juli 1984 zugrunde liegenden Plänen, für die Errichtung einer Ausstellungshalle, eines überdachten Lagerplatzes, beantragt durch Herrn Peter Wögerer sowie einer Fertigungsanlage für Kühlanlagen, beantragt durch die Kühlanlagenbau Lötsch GesmbH, gegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Mein dritter Antrag ist ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses und lautet:

21) Bau2-5800/81

Aufschließungsstraße Mühlbauergründe – Friedhofstraße – Erklärung zum Ortschaftsweg – Antrag auf Erlassung einer Verordnung durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 11. September 1984, betreffend die Erklärung öffentlicher Verkehrsflächen als Ortschaftswege.

Gemäß § 8 Abs. 1 Ziff. 5, § 9, § 42, § 45 und § 74 a, Landes-Straßenverwaltungs-gesetz 1975, LGBl. Nr. 22/1975 idgF., in Verbindung mit § 41 Abs. 2 Ziff. 4 des Statutes für die Stadt Steyr, LGBl. Nr. 11/1980 wird verordnet:

§ 1 Die im Grundeinlösungsplan des Stadtbauamtes Steyr vom Juni 1984 in roter Farbe dargestellten Flächen werden als öffentliche Verkehrsflächen der Stadt übernommen und zum Ortschaftsweg erklärt.

§ 4 Diese Verordnung wird gem. § 62 Statut für die Stadt Steyr, LGBl. Nr. 11/1980, im Amtsblatt der Stadt Steyr kundgemacht. Die Planunterlage liegt vom Tage der Kundmachung an im Baurechtsamt des Magistrates Steyr für 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf und wird mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tage rechtswirksam.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die prägnante und kurze Berichterstattung. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, auch hier liegt Einstimmigkeit vor. Nächster Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen vier Anträge zur Beschlußfassung vorlegen und bitte um Genehmigung. Der erste Antrag lautet:

22) ÖAG-1019/79

Erweiterung des Betriebsgeländes der Fa. Wittner - Grundverkauf -
Abänderung des GR-Beschlusses vom 13. Mai 1980.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 13. Mai 1980 wird dem Abverkauf einer Grundfläche im Ausmaß von 1.1813 m² an Franz Wittner, Dachdeckermeister, Steyr-Gleink, Ennser Straße und einer weiteren Fläche im Ausmaß von 623 m² an die Ehegatten Karl und Theresia Schweinschwaller, Gastwirte, Steyr-Dietach, Ennser Straße 20, aus Parzelle 677/12, EZ. 372, zum abgeänderten Kaufpreis von S 260,-/m² zugestimmt. Der gesamte Kaufpreis ist im Sinne des Amtsberichtes vom 28. Juni 1984 von Herrn Franz Wittner zu tragen. Der Kaufpreis selbst ist in 5 gleichen unverzinslichen, aber wertgesicherten Jahresraten zu entrichten und pfandreichtlich sicherzustellen. Sämtliche Kosten des Verkaufes sowie alle Folgekosten, die sich aus der Neuerrichtung der Zufahrt ergeben, hat Herr Franz Wittner zu tragen. Gleichzeitig wird ihm ein Vorkaufsrecht auf der Restparzelle 677/12 eingeräumt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand eine Wortmeldung? Ich sehe keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen ist niemand.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der zweite Antrag lautet:

23) GHJ2-1420/84

Mehrzwecksaal Wehrgraben; Einrichtung des Buffets.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 7. 1984 werden im Zusammenhang mit der Einrichtung des Buffets im Mehrzwecksaal Wehrgraben nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|---|--------------|
| A) Lieferung und Montage der Kühlanlage
und der Schankeinrichtung an die Fa.
Mitterhuemer, Steyr, zum Preis von | S 232.785,-- |
| B) Küchengeräte an die Fa. Doleschal, Steyr,
zum Preis von | S 205.300,-- |
| C) Geschirrlieferung an die Fa. Gründler, Steyr,
zum Preis von | S 131.152,-- |
| D) Baumeisterarbeiten an die Fa. Hamberger, Steyr,
zum Preis von | S 44.200,-- |
| E) Heizungs- und Lüftungsinstallation an die Fa.
Kriszan, Steyr, zum Preis von | S 68.523,-- |
| F) Elektroinstallation an die Fa. Elektro-Bau AG, Steyr,
zum Preis von | S 22.000,-- |

Die hierfür erforderlichen Mittel wurden bereits pauschal mit GR-Beschluß vom 9. 2. 1984 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu darf ich eine kurze Ergänzung vornehmen, und zwar steht die Eröffnung dieses Turnsaales ins Haus. Als vorläufiger Termin - es ist ja die Abstimmung mit dem Bund und dem Land zu treffen, und es liegt noch keine Bestätigung vom Bund vor, die vom Land haben wir bereits - wäre der 17. Dezember 1984, 10 Uhr vormittags, vorgesehen. Dieser Termin kann sich noch ändern, aber ich bitte Sie, dieses Datum einmal vorzumerken.

Gibt es zu diesem Antrag Fragen? Keine. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

24) GHJ2-2634/84

Instandsetzungsarbeiten Resthofstraße 14.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 5. 7. 1984 werden im Zusammenhang mit dringend erforderlichen Instandsetzungsarbeiten im Zuge der Errichtung von 15 Wohnungen im gemeindeeigenen Objekt Resthofstraße 14 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Firma Zwettler, Steyr, zum
Preis von S 482.138,--
2. Sanitäre Installationsarbeiten an die Firma
Engertsberger u. Mach, Steyr, zum Preis von S 298.658,--
3. Elektroinstallationsarbeiten an die Firma Lamplmayr,
Steyr, zum Preis von S 177.322,--
4. Tischlerarbeiten an die Firma Ecker, Steyr, zum
Preis von S 200.034,--
5. Maler- und Anstreicherarbeiten an die Firma Sey-
waltner, Steyr, zum Preis von S 102.160,--
6. Spenglerarbeiten an die Firma Wittner, Steyr, zum
Preis von S 13.855,--
7. Bodenlegerarbeiten an die Firma Schmidt, Steyr,
zum Preis von S 53.485,--
8. Schlosserarbeiten an die Firma Weichselbaumer,
Steyr, zum Preis von S 18.194,--
9. Stromanschluß an die OKA Steyr zum Preis von S 149.159,10.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,500.000,-- (eine Million einhundertfünfzigtausend)

bei VSt 1/846000/100000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört und ich frage, ob jemand eine Wortmeldung dazu wünscht?

Ich sehe keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke.

Gibt es gegenteilige Auffassungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Zum nächsten Antrag, betreffend Stornierung des Grundkaufvertrages mit der Fa. Musica, hat uns der Herr Bürgermeister eingangs bereits Erläuterungen gegeben. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

25) ÖAG-2945/81

Stornierung des Grundkaufvertrages mit der
Fa. Musica, Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zuge der Auflösung des Kaufvertrages vom 26. 8. bzw. 13. 9. 1982 zwischen der Stadt Steyr und der Fa. Musica, Musikinstrumentenfabrik GesmbH wird zur Rückzahlung des empfangenen Teilkaufpreises in Höhe von S 1,985.333,33 ein Betrag von S 1,828.700,- bei VA-St. 5/840000/001000 freigegeben und bei derselben VA-Stelle

eine Kreditüberschreitung von S 156.600,- bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahmen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 46 (7) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch der letzte Antrag wurde Ihnen zur Kenntnis gebracht. Gibt es dazu Fragen?

Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen ist niemand.

Ich danke Kollegen Zöchling für die Berichterstattung.

Damit sind alle Anträge vorgebracht worden und wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Wünscht dazu seitens der SPÖ jemand zu sprechen? Herr Kollege Pimsl bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 15.10 Uhr.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Sie um Ihre Aufmerksamkeit und um Ihr Interesse für folgendes Problem bitten.

Die Steyr-Daimler-Puch AG betreibt seit vielen Jahrzehnten eine Lehrwerkstätte, in der nicht nur jener Nachwuchs ausgebildet wird, der für den Eigenbedarf benötigt wird, sondern auch darüberhinaus werden dort viele junge Menschen ausgebildet, die später in anderen Betrieben des Landes, vor allem aber des Bezirkes, sehr gefragte Mitarbeiter werden. Seit längerer Zeit ist nun diese Lehrwerkstätte sehr baufällig und sie kann nur mit einer Sonderbewilligung des Arbeitsinspektorates derzeit noch betrieben werden. Es ist aber noch im heurigen Jahr notwendig, eine Entscheidung zu treffen, ob und in welcher Form der Neubau einer Lehrwerkstätte nunmehr getätigt wird. Die Steyr-Daimler-Puch AG selbst vertritt den Standpunkt, daß sie nur mehr jene Lehrlinge ausbilden will, die sie für den Eigenbedarf benötigt und daher die Lehrwerkstätte von der Größe her so abgestimmt wird, daß pro Lehrgang etwa 50 Lehrlinge dort ihre Ausbildung bekommen. Das würde bedeuten, daß über 3 1/2 Jahre etwa 200 junge Menschen, überwiegend gewerbliche Lehrlinge, dort ihre Ausbildung bekommen. Bisher war es so, daß bis zu 600 Menschen, junge Menschen, und über diese 3 1/2 Jahre verteilt eine Ausbildung bekamen. Die Lehrwerkstätte selbst hat ja im Lande einen außergewöhnlich guten Ruf, sie ist eine der erfolgreichsten Ausbildungsstätten für metallverarbeitende Berufe. Es werden auch dort in geringerer Zahl kaufmännische und technische Lehrlinge ausgebildet, überwiegend aber geht es um den Nachwuchs im gewerblichen Bereich.

Es ist verständlich, daß die angespannte wirtschaftliche Situation in den Steyr-Werken, die ja auch uns bestens vertraut ist, die Firma veranlaßt, Überlegungen anzustellen, diese Lehrwerkstätte von der Größe her so abzustimmen, daß den berechtigten Interessen und Wünschen der Mitarbeiter und vor allem der Bevölkerung der Stadt, aus dem Bezirk und nicht nur aus dem oberösterreichischen Raum, sondern darüber hinaus aus dem niederösterreichischen Bereich entsprechende Nachfrage als Ausbildungsplatz besteht. Wir als Betriebsrat und auch der Vorstand selbst wurden vorstellig beim Sozialminister, inwieweit die öffentliche Hand entsprechende Kosten mit übernehmen kann. Diese Gespräche ziehen sich seit längerer Zeit hin und es gibt eine grundsätzliche Zustimmung des Sozialministers, diesbezüglich entsprechende und sogar sehr hohe Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Er macht es allerdings davon abhängig, inwieweit das Land Oberösterreich bereit ist, seinen Obolus zu leisten. Die OÖ. Landesregierung wiederum vertritt die Ansicht, daß es besser sei, nur jene Zahl Lehrlinge auszubilden, die für den eigenen Bedarf benötigt werden und vertritt mehrheitlich diesen

Standpunkt. Es hat seitens des Betriebsrates, vor allem als Interessensvertreter der Belegschaft, Gespräche mit dem Herrn Landeshauptmann und auch mit Herrn Landesrat Leibenfrost als zuständigem Referenten gegeben. Es sind diese Gespräche bisher wenig erfolversprechend verlaufen. Ich darf daher vor allem Dich, Herr Bürgermeister, bitten, diesbezüglich Deine Möglichkeiten und Deinen Einfluß geltend zu machen bei der OÖ. Landesregierung, daß diese ihren Standpunkt revidiert, um hier vor allem jenen Menschen, um die es uns angeblich uns allen so geht, eine Ausbildungsmöglichkeit zu geben, selbst auf die Gefahr hin, daß sie später in unserem Betrieb keine Verwendung finden. Sie haben aber dann doch eine solide Berufsausbildung und eine Grundlage für einen späteren Arbeitsplatz, wenn auch bei einer anderen Firma.

Ich darf noch hinzufügen, daß sehr prominente Mitbürger unserer Stadt ihre berufliche Laufbahn in den Steyr-Werken begonnen haben, es sind dies unser Bürgermeister, unser Altbürgermeister und auch dessen Vorgänger war jahrelang Leiter der Lehrwerkstätte in den Steyr-Werken. Auch eine Reihe von Gemeinderäten hat ihre berufliche Laufbahn dort begonnen. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß gerade im Bezirk Steyr, wo wir nicht sehr gesegnet sind mit Betrieben, ob es nun gewerbliche oder Industriebetriebe sind, wo jenen Menschen auch die Möglichkeit geboten wird, eine entsprechende Ausbildung zu bekommen.

Es ist daher höchst notwendig, daß einerseits vom Land ein entsprechender Zuschuß gewährt wird, daß aber auch andererseits ich den Gemeinderat und Dich Herr Bürgermeister ersuche, die Möglichkeiten der Stadt zu prüfen, inwieweit man in diesem Fall, nicht als Förderung für die Steyr-Daimler-Puch AG, sondern als Förderung für die Berufsausbildung junger Menschen, sich als Stadt an einer Förderung in irgend einer Form beteiligen kann. Wir sollten es uns nicht so leicht machen, wie es bisher scheinbar der Fall war, daß man zwar mit vielen guten Worten und verzögernden Versprechungen, man müsse das genau prüfen, letztlich die jungen Menschen, die von uns erwarten, daß wir sie in ihrer Situation nicht nur unterstützen, hinhalten, sondern wir sollten aktiv dazu beitragen, daß es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt. Wir sollten hier eine Aktion starten, die dem Projekt jenen Nachdruck gibt, daß es in kurzer Zeit zu einem Neubau kommt. Es würde ja auch der Steyrer Wirtschaft sehr dienen, wenn ein Projekt, welches immerhin um die 40 - 45 Millionen Schilling mindestens kosten würde, in Angriff genommen wird, weil das Beschäftigung vor allem am baulichen Sektor für einige Zeit bringen würde. Mir ist natürlich bewußt, daß es nicht mehr möglich sein wird, eine Lehrwerkstätte zu errichten, die 600 junge Menschen ausbildet, weil eben aufgrund der geänderten Verhältnisse, daß man heute auf schulischem Weg mehr den Schwerpunkt setzt, daß aber die Entwicklung zeigt, daß immer wieder der Facharbeiter, der gewerbliche gut ausgebildete Mitarbeiter, größte Berufschancen hat und daß alle Zukunftsaspekte, die man heute wälzt, davon ausgehen, daß nicht nur der schulisch gebildete Mitarbeiter, sondern auch der fachlich ausgebildete die größten Chancen hat, eine entsprechende Arbeit zu finden.

Ich darf daher nochmals meinen Wunsch und meine dringliche Bitte aussprechen, an die OÖ. Landesregierung heranzutreten, sich diesem wichtigen Problem nicht nur mit Reden zu widmen, sondern sich vor allem mit Taten daran zu beteiligen und gleichzeitig von der Stadt her eine entsprechende Aktion mit einzubeziehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsi für diesen sicherlich aktuellen Beitrag. Ich frage die ÖVP, ob sie dazu eine Meinung äußern wollen? Herr Kollege Schloßgangl bitte.

GEMEINDERAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte kurz auf die Problematik der Lehrlingsausbildung zurückkommen. Es ist richtig, daß es für die jungen Menschen ganz wesentlich und entscheidend ist, gerade in der heutigen Zeit, daß sie nach der Schule eine Berufsausbildung erhalten. Ich möchte aber auch verweisen auf die vergangenen Jahre, daß diese Ausbildung in den

Steyr-Werken für die Wirtschaft insgesamt in Steyr nicht ganz unproblematisch war, denn die besten Schüler, jene mit den besten Zeugnissen, wurden automatisch vom Arbeitsamt an die Steyr-Werke verwiesen. Die haben sich dann 500 – 600 der besten Schüler ausgesucht, haben sie ausgebildet und wiederum die besten sind im Werk verblieben und die anderen sind eben entlassen worden und mußten sich einen anderen Arbeitsplatz suchen. Zweifelsohne ist die Ausbildung der Lehrlinge sehr zu begrüßen, doch glaube ich, sollten in erster Linie die Betriebe dafür die Mittel einsetzen. Wenn gefördert wird, dann soll nicht nur die Industrie, nicht nur die Großbetriebe, sondern vor allem auch die Klein- und Mittelbetriebe mit der gleichen Förderung bedacht werden. Das war meine Meinung dazu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der FPÖ hat sich Kollege Eichhübl dazu gemeldet!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Selbstverständlich – darüber sind wir uns alle einig – ist es nicht nur für die Stadt sondern auch für die Umlandregion von größter Bedeutung, was in den Steyr-Werken vorgeht, wie die Situation in den Steyr-Werken ist. Dies einerseits wegen der Arbeitsplatzzerhaltung und auch wegen der Arbeitsplatzneuschaffung und andererseits was das steuerliche Aufkommen betrifft. Selbstverständlich teilen wir auch die Sorge des Kollegen Pimsl, der sehr deutlich vorgebracht hat, worum es bei der Lehrlingsausbildung geht, daß man in Zukunft dafür Sorge tragen wird müssen, daß Lehrlinge in einer größeren Zahl ausgebildet werden, als geplant ist. Ich sehe aber auch durchaus ein, daß die Privatwirtschaft, was die Förderung und die Lehrlingsausbildung betrifft, nicht außer acht gelassen werden darf.

Kollege Pimsl hat auch die wirtschaftliche Situation der Steyr-Werke angezogen und da war es erfreulich zu hören, – das hat zwar nicht Kollege Pimsl gesagt, sondern man hört das u. a. auch von Herrn Bürgermeister – daß Arbeitskräfte in den Steyr-Werken aufgenommen werden. Da, meine Damen und Herren, drängt sich nicht nur mir, sondern auch vielen Leuten, mit denen ich darüber gesprochen habe, die Frage auf, wie denn die Situation in den Steyr-Werken, was die wirtschaftliche Seite betrifft, wirklich ist. Erst vor kurzem war die Rede davon, daß die Krise in den Steyr-Werken sehr groß ist, daß man nahezu vor dem Zusperrn ist und daß eben alles daranzusetzen sei, in finanzieller Hinsicht, unterstützungsmäßig, die Situation zu ändern. Plötzlich, ich freue mich darüber, wenn es wirklich so ist, ist hier wieder ein Aufschwung zu vermerken. Die Frage, die ich vorhin angeschnitten habe, die sich mir stellt, ist die, war es denn wirklich möglich, in dieser kurzen Zeit einen derartigen Aufschwung zu erzielen? Ich würde mich darüber freuen, wenn dem so wäre, oder aber wurde hier von einer Krise gesprochen, die gar nicht in dieser Größenordnung vorhanden war. Daher erlaube ich mir ^{vorschlagen} nachdem das sicherlich nicht heute in der Aktuellen Stunde restlos ausdiskutiert werden kann, daß man, so wie man das in der Vergangenheit gemacht hat, in absehbarer Zeit jemandem Kompetenten von den Steyr-Werken einlädt, um die neue Situation vor dem Gemeinderat zu erörtern. Ich danke.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich weiß nicht, ob zwei Jahre eine kurze Zeit sind, mir war es lange genug. Wir arbeiten seit zwei Jahren kurz und führten auch während dieser Zeit Kündigungen durch.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Eichhübl. Kollege Tremml hat sich seitens der KPÖ zu Wort gemeldet!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, Kollege Pimsl hat mit Recht angeführt, daß es höchst an der Zeit ist, daß Steyr-Daimler-Puch den Neubau der Lehrwerkstätte in Angriff nimmt. Geredet wurde ja schon sehr viel, die Betriebsräte, ob Arbeiter- oder Angestelltenbetriebsräte, haben sich sehr bemüht in dieser Richtung, aber es hat auch von Seiten des Vorstandes immer Schwierigkeiten gegeben – ich meine nicht im Zusammenhang mit den allgemeinen Schwierigkeiten. Es ist eben heute Mode geworden, daß man sagt, die Jugendarbeitslosigkeit ist sehr groß, wir brauchen allerdings aufgrund des Ablaufes der Produktion eines modernen Industriebetriebes nicht mehr so viele Arbeitskräfte, allerdings – wie Kollege Pimsl erwähnt hat – Facharbeiter. Der Vorstand sagt wiederum, wir brauchen nicht die hohe Anzahl wie bisher, sondern in diesen 3 1/2 Jahren nur etwa 200.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, wenn man die Geschichte der Steyrer Lehrwerkstätte genau ansieht, so weiß man, daß es auch in der schweren Nachkriegszeit möglich war, 450 Lehrlinge auszubilden und diese Lehrlinge auch weiterhin im Betrieb zu beschäftigen, auch in den 50iger, 60iger und 70iger Jahren. Heute ist es so, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen, durch Einführung neuer Technologien, mehr in Ausbildung stehen und sogar die Lehrlinge, die ausgebildet wurden, nach der gesetzlichen Behaltspflicht gekündigt und in die Reihe der Arbeitslosen überführt werden, weil sie oftmals als Facharbeiter keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Hier möchte ich es der Steyrer Werksdirektion nicht sehr einfach machen und gleich sagen, wir werden mit voller Kraft in diese Richtung wirken, daß auch die öffentliche Hand aus öffentlichen Steuermitteln einen Großteil dieser Neubaukosten trägt. Ich bin allerdings dafür, daß mit dem Neubau der Lehrwerkstätte der Steyr-Werke bald begonnen wird, weil es notwendig ist, um einen Gegenzug zur Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Viele Jugendliche im Steyr und im Bezirk finden ja keine Lehrstellen. Auch Kollege Pimsl weiß, daß nicht nur die männliche, sondern auch die weibliche Jugend – für die man ja keine Lehrwerkstatt braucht, denn die Steyr-Werke bilden ja auch nur wenige weibliche Lehrlinge aus – teilweise keine Arbeit findet. Ich glaube, daß wir als Gemeinde doch verpflichtet sind, der Dauerarbeitslosigkeit der Jugend entgegenzutreten, daß wir also hier Unterstützung geben und auch dementsprechend bei der Landesregierung vorstellig werden, daß der Neubau der Steyrer Lehrwerkstätte in einem Ausmaß durchgeführt wird, daß tatsächlich 500 – 600 Lehrlinge ausgebildet werden können. Ich wäre aber dafür, daß das in der Form geschieht, daß diese neue Lehrwerkstätte nach der Errichtung überbetrieblich geführt wird und natürlich unter öffentliche Kontrolle gehört. Ich glaube, damit man überprüfen kann, wie die Mittel der öffentlichen Hand eingesetzt werden. Es sollen also in dieser Richtung vom gesamten Gemeinderat Handlungen an die Landesregierung betrieben werden sollen.

Gemeinderat Reisner verläßt um 15.28 Uhr den Sitzungssaal.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte mich hier als Bürgermeister auch einer Stellungnahme zu diesem Problem nicht entziehen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, das ist ein Problem, bei dem sich grundsätzliche Auffassungsunterschiede zeigen. Ich glaube, wir sollten uns bemühen, denn ich finde diese Unterschiede nicht unüberbrückbar. Man sollte versuchen, diese auszuräumen, damit wir gemeinsam eine Lösung für die jungen Menschen finden. Es sollten keine engstirnigen Überlegungen Platz greifen, sondern wir sollten im Sinne der jungen Menschen Lösungen finden. Ich habe schon mehrmals mit der Direktion gesprochen, bei jedem Gespräch kommt dieses Thema aufs Tapet, auch seitens des Betriebsrates, und zwar sowohl des Arbeiter- als auch des Angestelltenbetriebsrates. Kollege Pimsl hat ja dieses Thema heute nicht zufällig angezogen, sondern es ist ein sehr aktuelles Problem. Die Steyr-Werke planen diese Ausbildungsstätte schon mehrere Jahre, es wurde schon mehrere Male umgeplant, neue Größenordnungen festgestellt usw. Nach den jetzigen Überlegungen des Werkes benötigt der Betrieb in etwa

50 Lehrlinge pro Jahr, das heißt, daß Neueinstellungen für 50 möglich wären. Wir müssen aber feststellen, daß im Rahmen des Werkes und für die Stadt Steyr die Lehrwerkstätte immer eine sehr große Zahl von Lehrlingen Aufnahme fand. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir alles tun, damit das Werk die Ausrichtung ihrer Lehrwerkstätte größer plant, als der Eigenbedarf ist. Hier treten die angezogenen Auffassungsunterschiede zutage, weil seitens des Landes gibt es für Lehrlingsausbildung Förderungen, und zwar für die Errichtung von Lehrplätzen. Allerdings, so wurde es mir berichtet, und auch in den Gesprächen hat es sich bisher so gezeigt, nur für den tatsächlichen Bedarf des Betriebes und nicht darüber hinaus.

Ich glaube, daß die öffentliche Hand verpflichtet ist, wenn ein Betrieb bereit ist, eine solche größere Lehrwerkstätte zu errichten, ihren Beitrag zur Ausbildung zu leisten, auch wenn der Bedarf nicht sichergestellt ist in diesem Betrieb. Das ist meine Meinung. Es ist immer besser – diese Meinung teilt sicher jeder hier – wenn man gerade in der Zeit von 14., 15. – zum 18. oder 19. Lebensjahr die Jugendlichen in einer Ausbildung hat, als wenn sie unausgebildet auf Hilfsarbeiterplätze warten müssen. Das ist eine grundsätzliche Überlegung, die einfach notwendig ist.

Zu den Überlegungen des Kollegen Schloßgangl möchte ich sagen, daß es jedem freisteht, auf welchem Lehrplatz er sich bewirbt. Es wird sicher vom Arbeitsamt, ich kann das sagen, weil ich selbst aus der Arbeitsverwaltung bin, jeder vorhandene Lehrplatz angeboten. Der Lehrling mit den Eltern kann sich, wenn die Möglichkeit besteht, den Lehrplatz selbstverständlich aussuchen. Es wird niemand angehalten, in die Steyr-Werke zu gehen, das ist seine eigene Entscheidung. Diese Überlegung kann ich nicht ganz teilen. Ich glaube, daß die Stadt Steyr auch verpflichtet ist, wenn ich diese Überlegungen mit einbeziehe, hier ihren Beitrag zu leisten wobei ich mich größenordnungsmäßig nicht festlegen möchte. Ich glaube aber, daß wir, so wie bei anderen Förderungen auch, für unsere Jugend für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit seitens der Stadt einen angemessenen, in unseren Möglichkeiten liegenden Beitrag zu leisten haben. Das habe ich auch bereits öffentlich gesagt und ich bin überzeugt, daß der Gemeinderat auch diese Auffassung teilt.

Die Hinweise, die hier gekommen sind, mit dem Land Gespräche aufzunehmen, greife ich gerne auf und ich werde das auch tun. Ich glaube aber, daß es hier notwendig ist, daß wir alles daransetzen, damit die Lehrwerkstätte so errichtet wird, daß ungefähr 100 Lehrlinge jährlich ausgebildet werden können. Das ist sicher eine Zahl, die auch gegenüber den anderen Betrieben vertretbar ist. Die Größenordnung, Kollege Pimpl hat es angeführt, ist ungefähr 40 – 45 Millionen Schilling. Es ist hier also ein Betrag offen – soviel ich gehört habe, würde die Lehrwerkstätte für die Ausbildung von 50 Lehrlingen in etwa 25 Millionen Schilling kosten – von etwa 20 Millionen Schilling, der meines Erachtens nach von 3 öffentlichen Stellen aufzubringen ist, wobei ich die Bereitschaft seitens der Stadt sicher ankündigen darf. Der Bund wird sicher den größten Anteil zu tragen haben und hier liegen bereits konkrete Vorschläge vor. Ich bitte auch die Kollegen der Österr. Volkspartei, unsere Bestrebungen zu unterstützen, denn es wird sich auch das Land einer Förderung nicht verschließen können, wenn die Worte, die immer gesprochen werden, ernst gemeint sind.

Damit ist dieses Thema erledigt und ich frage, ob die ÖVP einen Beitrag leisten möchte? Nicht der Fall. FPÖ? Ebenfalls kein Beitrag. KPÖ? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Sehr eng mit meiner Tätigkeit als Gemeinderat dieser Stadt verbunden ist vor allem das Wohnungswesen. Ich möchte daher einige Fragen und ungelöste Probleme in diesem Zusammenhang aufrollen. Selbst nach offiziellen Angaben ist die Wohnbautätigkeit, wie Sie alle wissen, in den letzten Jahren zurückgegangen. Gestiegen hingegen sind die Mieten und Betriebskosten, die heute für Neubauwohnungen in unserer Stadt schon bis zu S 5.000,- und mehr erreichen. Das kann auch durch eine Mietzins- oder Landeswohnbeihilfe, wie ja die Praxis zeigt, nicht ausgeglichen werden, da diese sich nur auf die reine Miete bezieht, nicht aber auf die wesentlich schneller steigenden

Betriebskosten. Obwohl wir in unserer Stadt über 1.600 Wohnungssuchende haben, darunter natürliche viele Familien mit Kindern, stehen, wie wir alle wissen, Neubauwohnungen im Resthofgebiet leer, da die Mietzinse in Neubauwohnungen für einen Großteil der Wohnungswerber unerschwinglich wurden. Wir wissen auch, daß es eine ganze Reihe Mieter von Neubauwohnungen gibt, die in diesen Wohnungen nicht mehr bleiben wollen, weil sie nicht in der Lage sind aufgrund ihres Einkommens, diese enormen Mieten zu bezahlen. Daher, glaube ich, ist es auch nicht übertrieben, wenn ich heute sage, daß die Wohnbau- und auch die Mietenpolitik der Sozialisten in eine Sackgasse geraten ist. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß die Situation auch bei uns nicht ausweglos ist. Es ist auch durchaus möglich, mehr Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zu bauen, wenn vor allem die Profite der Baulöwen eingeschränkt, wirksame Maßnahmen gegen die Bodenspekulationen ergriffen, die Zinsen der Wohnbaukredite gesenkt und die Mittel aus der staatlichen Wohnbauförderung sowie die Gemeindemittel für Wohnbau aufgestockt werden. Heute ist es in Steyr so, daß hunderte Familien oft jahrelang warten müssen, bis sie vom gemeinderätlichen Wohnungsausschuß eine Altbauwohnung zugewiesen erhalten. Den Leidensweg dabei brauche ich hier nicht besonders auszuführen - anstellen, warten bei den Sprechstunden des Wohnungsreferenten. Jedem von uns sind die Bittgänge bekannt zu den politischen Parteieinvertretern, die im Wohnungsausschuß wirken, Vorsprachen bei den Bürgermeistern und Vizebürgermeistern usw. Dabei gibt es natürlich immer wieder Versprechungen, die dann im wesentlichen aufgrund der Situation nicht eingehalten werden. Aber auch die gerechte und soziale Wohnungsvergabe des gemeinderätlichen Wohnungsausschusses wird besonders in letzter Zeit von der Bevölkerung in Frage gestellt. Man spricht von Parteibuch- und Freunderlwirtschaft. Verstärkt wird diese Auffassung auch dadurch, daß mit gemeindeeigenen Mietwohnungen vor allem Alt-Nebauwohnungen mit noch relativ günstigen Mieten in aller Öffentlichkeit spekuliert wird und der Ablöseswucher auch in unserer Stadt blüht. So kann man sogar in Zeitungen unter der Rubrik "Wohnungsmarkt" Einschaltungen lesen, daß eine Vierraumwohnung am Steinbrecherring gegen Ablöse zu vermieten sei. Wir haben das überprüft und ich habe auch einen Einspruch im gemeinderätlichen Wohnungsausschuß in dieser Richtung gemacht. Ein Gemeindemieter wollte dort eine Ablöse von 180.000 Schilling verlangen, und jetzt kürzlich, vor etwa 14 Tagen, stand in der Zeitung, daß jemand einen Nachmieter für eine Zweiraum-Resthof-Wohnung gegen Ablöse sucht. Die Kolleginnen und Kollegen im gemeinderätlichen Wohnungsausschuß wissen, daß ich mit aller Entschiedenheit immer gegen jede Wohnungsvergabe aufgetreten bin, die an eine Ablöse gebunden war und werde dies auch weiterhin mit aller Entschiedenheit tun. Allerdings muß ich auch ganz offen sagen, das habe ich bei der letzten Sitzung, an der ich teilgenommen habe, erklärt, daß ich mit meinem Auftreten nicht immer Erfolg hatte. Dadurch werden eben Tür und Tor geöffnet, daß eine solche Meinung in der Bevölkerung entsteht, daß hier eine Freunderlwirtschaft herrscht, bzw. die Wohnungen nicht nach sozial gerechten Standpunkten vergeben werden.

Das ist mit eine Ursache, daß man die Weitervermietung von Wohnungen gegen Ablöse über Zeitungsinserate versucht. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, mache ich heute aus aktuellem Anlaß den Vorschlag, daß die gemeinderätlichen Wohnungsausschußsitzungen ab sofort öffentlich durchgeführt werden, damit die Bevölkerung die Wohnungsvergabe und die Entscheidungen selbst mitverfolgen kann. Wenn dieser Vorschlag von den anderen Fraktionen im Gemeinderat angenommen wird, wäre dies zumindestens ein Schritt zur Erweiterung der Gemeindedemokratie und führt zu einer gerechten und sozialen Vergabe der Wohnungen der GWG der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml. Kollege Zöchling hat sich seitens der Sozialistischen Partei dazu gemeldet.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Es ist sehr schön von Dir, daß Du gerade das schwierigste Problem unserer Stadt angeschnitten hast, und zwar ist das ein Problem, das nicht nur unseren Wohnungsausschuß sehr bewegt, sondern ich glaube sicher den gesamten Gemeinderat. Die Wohnungsvorsprachen, die bei allen Gemeinderäten stattfinden, im besonderen aber bei mir, gehen in das Unendliche. Wenn ich daran denke, daß ich von 8 - 2 Uhr meistens Sprechtag habe und eine einzige Einraumwohnung frei ist, dann kann man sich die Sorgen ausrechnen, die ich bzw. die der Wohnungsausschuß bei der Wohnungsvergabe hat. Hier komme ich schon zu dem Problem, das Du zum Schluß erwähnt hast. Es ist sicher sehr schwierig, alle Probleme, die diesbezüglich an uns herankommen, zu bewältigen, das heißt, die Wohnungen gerecht zu vergeben. Wir haben uns aber im Wohnungsausschuß sicher immer bemüht, zumindest etwas gerecht diese Wohnungen zu verteilen, wenn für eine Wohnung 14 oder 15 Familien vorgeschlagen werden, haben wahrscheinlich alle das gleiche Recht darauf - aber nur eine Familie kann diese Wohnung bekommen. Das Problem liegt vor allem auch darin, daß jeder sein Wohnungsproblem als das Wichtigste betrachtet.

Ich glaube aber nicht - das möchte ich unterstreichen - daß die Wohnungen bei uns nach Parteibuch vergeben werden. Ich darf feststellen, und zwar mit Freude feststellen, daß bis jetzt die Beschlüsse im Wohnungsausschuß einstimmig erfolgt sind. Ich darf aber auch feststellen, daß im Einvernehmen mit allen Fraktionen diese Wohnungen vergeben wurden. Ich habe das einmal schon gesagt zu Kollegen Holub, daß ich glaube, daß es keine Partei geben wird - ich hoffe, daß das auch auf Dich zutrifft - die gerade das Wohnungsproblem, das ja das ärgste Problem für unsere Bevölkerung ist, politisch ausnützen will. Von unserer Fraktion wird es sicher nicht gemacht.

Zum anderen Problem muß ich sagen, ich kann mich erinnern, als der Steinbrecherring und die 3 Hochhäuser in der Arbeiterstraße fertig waren, damals haben wir dafür kaum Mieter gefunden. Wir haben uns dann bemüht, ein Einweisungsrecht den Steyr-Werken, den Ennskraftwerken bzw. auch anderen Unternehmungen zu geben, damit diese Wohnungen nicht leerstehen. Heute sind das begehrte Wohnungen und es tut uns sehr leid, daß dieses Einweisungsrecht zum Teil noch besteht.

Ich darf aber noch etwas sagen, das Mietengesetz haben wir in unserem Wohnungsausschuß sicher nicht beschlossen. Ich glaube auch, Kollege Grassner vom Mieterschutzverband war auch in Wien dabei bei der Novellierung dieses Mietengesetzes. Ich kann mich an einen Fall am Steinbrecherring erinnern, wo gerade unser Freund Grassner gesagt hat, daß ein 12jähriges Kind Anrecht auf diese Dreiraumwohnung hat, nachdem die Eltern nach Weistrach in ihr eigenes Haus gezogen sind. Das können wir in unserem Wohnungsausschuß nicht entscheiden, wir müssen versuchen, in den politischen Gremien dieses Mietengesetz zu ändern. Wir haben auch versucht, in der letzten Zeit die Wohnungen so zu gestalten, daß sie auch von den Mietern angenommen und bezahlt werden können. Wir haben vor einiger Zeit damit begonnen und die Früchte werden jetzt bzw. im Frühjahr nächsten Jahres sichtbar im Resthof. Wir werden auch versuchen, im Pyrach bzw. in Kegelprisel solche Wohnungen zu bauen, die von den Wohnungswerbern angenommen werden. Wir haben zum Beispiel das Projekt in der Haratzmüllerstraße fallen gelassen und haben dafür 24 Wohnungen in der Reithoffergasse, 64 Wohnungen im Resthof II, 71 im Resthof III und außerdem 67 Wohnungen im Resthof III beim Land eingereicht, die in den Jahren 1984 - 1986 fertiggestellt werden.

Ich glaube daher, daß wir als Stadt Steyr und im besonderen als GWG unserer Stadt doch versuchen müssen, für junge Menschen Wohnungen zu bauen, die zwar modern sind, aber weniger Quadratmeter aufweisen. Ich glaube, Sie sind mit mir einer Meinung, daß eine öffentliche Wohnungsvergabe sicher nicht möglich sein wird. Es handelt sich bei den Wohnungsausschußsitzungen um vertrauliche Sitzungen und ich bin der Meinung, wenn wir im Wohnungsausschuß gemeinsam mit allen Fraktionen so weiterarbeiten, ist das sicher zum Wohle der Wohnungssuchenden. Bisher sind sicher noch keinerlei Unregelmäßigkeiten vorgekommen.

Zum Problem der Ablöse kann ich sagen, daß auch dieses Problem von unserer Fraktion verurteilt wird, aber im Mietengesetz sind ja Ablösen gesetzlich erlaubt. Es ist sicher sehr schwierig, hier Änderungen zu treffen. Den Fall, betreffend die 180.000 Schilling Ablöse, kann ich so aufklären, daß der Wohnungsinhaber gesagt hat, entweder ich bekomme diese Summe für die gesamte Einrichtung der Vierraumwohnung oder ich behalte sie weiter für meine Tochter, die zur Zeit in Wien studiert. Jetzt, Otto, mußt Du mir sagen, wie wir zu dieser Vierraumwohnung kommen?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich darf leider nichts mehr sagen, weil ich nur eine Wortmeldung habe!
Ich kenne den Fall, der Betreffende hat ein Haus gebaut in Weistrach.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Wir haben Herrn Grasser als Rechtskundigen eingeschaltet bzw. hat sich diese Familie diesen Mann zum Rechtsanwalt genommen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Nur ein kleiner Zwischenruf. Der eine Fall hat damit überhaupt nichts zu tun. Den Fall, den der Herr Grasser behandelt, ist ein schwebendes Verfahren und es ist überhaupt noch nicht entschieden, ob diese Person recht hat.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Jedenfalls glaube ich, daß wir im Wohnungsausschuß sicher das bestmögliche machen wollten. Ich möchte Sie bitten, daß alle mithelfen, diese Wohnungsnot zu lindern, versuchen wir, viele Wohnungen zu bauen, versuchen wir, billige Gründe zu erwerben, damit auch die Grundkosten billiger werden, dann sind wir sicher am richtigen Weg. Eines möchte ich noch sagen, die Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr unterscheidet sich von den anderen Genossenschaften, denn zu uns kommen alle Wohnungswerber, die bei anderen Genossenschaften abgelehnt werden. Die haben das Recht zu sagen, den nehmen wir nicht, da bekommen wir unter Umständen nie einen Mietzins. Das sind dann unsere Wohnungssuchenden und es ist wirklich schwierig, hier immer gerecht zu sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling. Zur Aufklärung möchte ich sagen zum Vorschlag von Kollegen Treml, gemäß Geschäftsordnung für die Gemeinderatsausschüsse, § 34 Abs. 4, sind die Sitzungen nicht öffentlich. Es wäre notwendig, diesbezüglich eine Änderung der Geschäftsordnung vorzunehmen und des Statutes. Ich würde eine solche Änderung nicht empfehlen, weil gerade in solchen Fällen die Öffentlichkeit der Sitzung die objektive Beurteilung der Fälle nicht mehr ermöglichen würde, sondern das wäre ein gegenseitiges Auspielen. Es würde sicher alles andere herauskommen als eine objektive Entscheidung über einen Wohnungsfall. Das möchte ich zur Aufklärung dieses Problemes sagen. Damit, glaube ich, kann ich diesen opportunistischen Vorschlag ein wenig kommentieren. Kollege Holub hat sich seitens der ÖVP gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Daß die ganze Welt eine Bühne ist, meine Damen und Herren, haben wir hier herinnen schon oftmals bemerkt und daß es auf dieser Bühne manche Spitzenschauspieler gibt, das wissen wir auch alle. Die äußere Linke von mir aus gesehen ist ein typischer Repräsentant dieser darstellerischen Spitze und nicht anders ist dieser Vorschlag, den Du jetzt gemacht hast, zu verstehen, Otto. Sei mir nicht böse, Du verwendest die Aktuelle Stunde, Du verwendest ein wirklich ernsthaftes Problem, das jeden unserer Bürger zurecht bedrückt, nicht dazu, eine Lösung anzubieten, sondern Du verwendest es dazu, einen billigen Gag zu liefern. Nicht nur einen, sondern deren mehrere.

Die Punkte, die Du darüber hinaus noch angeführt hast, kann ich ja auch nicht als konstruktiv oder irgendwie lösungsträchtig bezeichnen, wenn Du erwähnst, daß man die Profite der Baulöwen einschränken müßte, daß Du sagst, man müßte die Bodenspekulationen verhindern und daß Du sagst, – das ist das einzig Konstruktive, das ich gehört habe – man müßte öffentliche Förderungen steigern. Ich bin dafür, daß die öffentlichen Förderungen im Wohnbau gesteigert werden, ich bin dafür, daß die öffentliche Hand bedenkt, welche Art und Weisen der Wohnbauförderung stattfinden müssen. Ich bin dafür, daß man auch daran denkt, den Althausbestand mit öffentlichen Mitteln noch vermehrt instand zu setzen, weil es überhaupt keinen Sinn hat, immer neue sub-urbane Gebiete, also außerhalb der bisher besiedelten Gegenden immer neue Betonhäuser hinzustellen und in Wirklichkeit ein bewohntes Vakuum im Inneren unserer Städte zu hinterlassen. Das ist kein Problem der Stadt Steyr allein, sondern das ist im ganzen westlichen Lebensraum so der Fall. Man hört ab und zu, daß auch der Ostblock nicht ganz frei ist von der Bewältigung seiner Wohnungsprobleme. Das sollte man auch dazu-sagen.

Der Einwand mit den Banken, so unqualifiziert er ist, so richtig ist er, allerdings ist die Bundesgesetzgebung nicht in der Lage, daß irgend jemand in der öffentlichen Hand, irgend jemand, Einfluß nehmen könnte darauf, wenn sich eine Bank niederlassen will an einem Ort, wo und wann sie will. Das ist die Realität. Die Gesetze sind so geschaffen, man muß nicht unbedingt Freude haben damit, aber es hat wenig Sinn zu sagen, weil sich in kürzester Zeit zwei Banken am Stadtplatz niedergelassen haben, haben wir 1.600 Wohnungssuchende in Steyr. Das nenne ich den nächsten billigen Gag lieber Kollege Treml. Man müßte wirklich konstruktiver nachdenken, was machen wir denn mit unseren alten Häusern? Das wäre es wert, daß man sich dafür interessiert, das wäre ein aktueller Anlaß. Daß es natürlich verwerflich ist, wenn jemand Zeitungsinserate aufgibt, weil er vorgibt, Gemeindewohnungen vergeben zu können, das ist unbestritten und das wurde auch im gemeinderätlichen Wohnungsausschuß einstimmig nicht gutgeheißen und darüber wurde ausreichend diskutiert. Daß aber – das ist jetzt die andere Seite – bei dem, wie Du sagst, Ablösesucher jemand sehr wohl ein Recht hat, einen Einbau in einer Wohnung oder Möbelstücke, die ein allfälliger Nachbewerber der Wohnung in seine eigene Verwendung übernehmen kann, und zwar preiswerter als wenn er sie neu kaufte, daß das kein unbilliges Ersuchen des Vermieters ist, ist auch wieder klar. Kein Mensch auf Gottes Erde behauptet, daß das die Bedingung zur Wohnungsvergabe ist. Entschuldigung, ich muß mich widerrufen, einen Menschen gibt es schon, das bist Du, Otto! Aber in der Realität ist es so, daß das niemals als einzige Bedingung zur Wohnungsvergabe gegolten hat. Das war ja Deine Behauptung. Wenn Du nicht Atheist wärest, würde ich Das Ersuchen zur Beichte zu gehen, an Dich zurückspielen, aber bei Dir nützt es ja nichts.

Stadtrat Zöchling hat gesagt, daß das Mietrecht zu ändern wäre, und das finde ich in vielerlei Hinsicht richtig. Ein kleiner Aspekt ist das Weiterbenutzen, das jetzt manchmal sehr flexibel ausgelegt wird, wenn man es vorsichtig ausdrückt. Das bedrückt uns alle miteinander in diesem Wohnungsausschuß und ich möchte ausdrücklich sagen, eine öffentliche Sitzung des Wohnungsausschusses zu verlangen, ist ein Gag, so lange Statut und Geschäftsordnung das ausdrücklich nicht vorsehen.

Bürgermeister Schwarz hat richtig gesagt, es würde auch nicht zur Lösung der Probleme beitragen, es sei denn, es gelingt uns, objektive Kriterien zu normieren. Es waren schon vielfach Versuche da, solches zu ventilieren, man könnte diskutieren über ein Punktwesen nach der Bedürftigkeit und verschiedenes andere könnte man diskutieren. Das würde ich konstruktiv nennen. Aber zuerst müßte man versuchen, Maxime zu finden, nach denen man vergeben könnte und nicht mit der Wohnungsnot oder mit der Finanzierungsnot mancher Mieter eine politische Effekthascherei zu betreiben, die außer dem Zentralorgan der kommunistischen Partei und vielleicht dem "Vorwärts" Steyr im Hinblick auf die Publizitätswirksamkeit nützlich sein könnten, niemanden dienen. Dazu sind die Sitzungen des Gemeinderates der Stadt Steyr, meiner bescheidenen Ansicht nach, etwas zu würdig, daß man die Dinge hier so hochspielt und so ausbreitet, wie das

vom Vertreter der kommunistischen Partei fast ununterbrochen passiert. Manchmal, so glaube ich, beginnt bei Dir der öffentliche Wahlkampf, Otto, in der konstituierenden Sitzung und Deine konstruktiven Beiträge hier in der Gemeinde sind entweder dann da, wenn es gilt, der sozialistischen Mehrheit, wenn die nicht immer ganz eben dahinflaufen, die Mauer zu machen, und im übrigen wirklich nur Demagogie zu betreiben. Das kann man auch als Verständnis von ausnützen von demokratischen Mitteln verwenden. Mir persönlich ist das Wohnungswesen viel zu wichtig und wertvoll, als daß wir damit Demagogie betreiben könnten.

Stadtrat Zöchling, Du führst den Wohnungsausschuß in einer Art und Weise, daß das Gespräch hier amikal vorgehen kann. Daß immer wieder offene Punkte zurückbleiben müssen, wenn es 20, 30 oder 40 Bewerber gibt, oder – wenn man nicht selektiv vorgeht, sondern tatsächlich alle für einen Wohnungstyp Bedürftigen aufzählt – hunderte bedürftige Bewerber vorhanden sind, das liegt auf der Hand. Daß man dann und wann natürlich auch Mißbehagen verspürt bei Wohnungsvergaben, das wird jedem so gehen, der denjenigen nicht durchgebracht hat, der ihn um seine Hilfe ersucht hat. Ich will jetzt nicht unterstellen, daß hier reine Parteipolitik gemacht, das will ich ausdrücklich nicht, weil die Gesprächsbasis, wenn man sachlich argumentiert, in diesem Ausschuß eine gute ist. Ich hoffe für unsere Bürger, daß die Maßnahmen, vernünftigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, greifen werden, die seit einiger Zeit in die Wege geleitet wurden, dann glaube ich, können wir uns alle und auch unseren Bürgern ersparen, solche Beiträge, wie den der kommunistischen Partei von heute, anhören zu müssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag der Österreichischen Volkspartei. Kollege Eichhübl hat sich seitens der Freiheitlichen Partei zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nachdem auch ich Mitglied des Wohnungsausschusses bin, sehe ich mich doch veranlaßt, ein paar Sätze zu diesem Problemkreis zu sagen. Ein paar Sätze deswegen, weil meine Vorredner bereits sehr viel dazu ausgeführt haben.

Kollege Treml hat sich heute ein Thema ausgewählt, das sicher sehr aktuell ist und er hat aufgezählt, daß der Problemkreis sehr groß ist. Er hat sozusagen ein "heißes Eisen" angegriffen. Ich möchte jetzt ganz offen sein, Kollege Treml, auch ich war schon einige Male nicht ganz einverstanden bei den Vergaben von Wohnungen an Personen, muß aber doch der Fairneß halber sagen, daß bei all diesen Fällen immer versucht wurde, den Wohnungswerbern, die auch im Amtsbericht aufgeschienen sind oder sonst ins Gespräch gekommen sind, Rechnung zu tragen. Man hat also versucht, allen in irgend einer Form zu helfen.

Was die Sache mit den Ablösen betrifft, so muß doch gesagt werden, daß dieser Unsinn von allen nicht akzeptiert wird, auch von Kollegen Zöchling nicht und auch nicht von den anderen Ausschußmitgliedern und sicher auch von Dir, Otto, nicht. Aber es sind halt keine gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden, um diesen Unfug abzuschaffen. Man müßte da eine Änderung herbeiführen und es würde immer wieder zu Absprachen der alten Wohnungsmieter mit jenen, die diese Wohnung haben wollen, führen. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür also fehlen. Ebenso, das hat bereits Kollege Holub ausgeführt, ist es nicht möglich, diese Sitzungen öffentlich abzuhalten, außer man ändert die Voraussetzungen in unserem Statut.

Aber was ich hier zum Abschluß mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen möchte, und darüber sind sich alle einig im Wohnungsausschuß und auch bei Debatten im Gemeinderat hat sich das gezeigt, daß man, um die Kosten für den Baukostenzuschuß bzw. für die Gesamtmiete etwas geringer zu halten, besonders aufmerksam bereits bei der Errichtung von Wohnhäusern sein soll. Die Wohnanlage Ortskai war ein Beispiel dafür, daß man in Zukunft besonders darauf achten muß.

Das wären meine Gedanken zu diesem Problem, das sehr vielschichtig ist, das hat auch

Kollege Zöchling hier mit Deutlichkeit zum Ausdruck ~~gebracht~~, Abschließend möchte ich aber etwas wiederholen, was auch bereits gesagt wurde, daß das Verhältnis im Wohnungsausschuß ein sehr gutes ist, die Gesprächsbasis zwischen den verschiedenen Fraktionen, die im Gemeinderat vertreten sind, ist sehr gut. Mein besonderer Wunsch wäre und mein besonderes Anliegen ^{ist es}, daß das auch in Zukunft so beibehalten wird. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Eichhübl. Abschließend möchte ich anführen, daß wir immer bemüht sein werden – ich unterstelle jedem, der hier herinnen ist, den ehrlichen Willen, Wohnungssuchenden, die zu ihm kommen, zu helfen – das Wohnungsproblem zur Zufriedenheit aller zu bewältigen. Es ist ja eine Selbstverständlichkeit, daß jeder den Willen hat, wenn jemand bei ihm vorspricht und ihn ersucht, ihm bei der Beschaffung einer Wohnung zu helfen, wirklich sein Bestes zu tun. Daß es nicht in jedem Fall möglich ist, ist ein klarer Fall, weil hier Angebot und Nachfrage nicht zusammenstimmen. Wir haben uns seitens der Gemeinde bzw. auch seitens der GWG in der letzten Zeit bemüht, durch den Bau von kleineren Wohnungen, andere finanzielle Voraussetzungen zu schaffen. Ich darf darauf hinweisen, daß etliche Vorhaben, die bereits eingereicht waren, umgeplant wurden. Eines davon ist Steinfeld/Kegelpriel, dort werden Wohnungen errichtet, die eine Größenordnung aufweisen, die jetzt wieder mehr gefragt ist. Wir müssen die laufende Entwicklung ständig beobachten. Natürlich sind auch legislative Maßnahmen notwendig, um diese Dinge in den Griff zu bekommen. Ich glaube aber, und das muß ich den Kolleginnen und Kollegen des Wohnungsausschusses bestätigen, daß durchaus eine objektive und sachliche Beurteilung der einzelnen Fälle erfolgt und auch in dieser Richtung die Vergabe zustande kommt.

Ich möchte mich nicht verbreitern, glaube aber, daß wir uns bemühen müssen, Probleme, die auftreten, selbstverständlich einer Lösung zuzuführen, bei den Planungen Veränderungen vorzunehmen, damit wir den Ansprüchen gerecht werden. Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde angekommen, die genau 55 Minuten gedauert hat. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir heute Beschlüsse gefaßt haben im Ausmaß von 21,328.000 Schilling. Ich danke für die Mitarbeit, für die sachlichen Diskussionsbeiträge und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 16.10 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Wilhelm Kern e. h.
Otto Tremel e. h.